

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Wertzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlung 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ein Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften.

Die Vorgänge im Reichstag nehmen noch fortgesetzt das Interesse des Gewerkschaftlers in Anspruch. Es sind vorzüglich die Beratungen und Beschlüsse der Vereinsgesetzkommission, und hier besonders die Stellung der Parteien zum Sprachenparagraph des Vereinsgesetzes, die wegen ihrer Bedeutung für die Gewerkschaften in gewerkschaftlichen Kreisen so große Beachtung finden. Bekanntlich hatte die Vereinsgesetzkommission in der ersten Kommissionsberatung diesen Paragraph rundweg abgelehnt, nachdem die Freisinnigen vergeblich den Versuch gemacht hatten, eine Milderung des Verbotes fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen durchzusetzen. Mittlerweile haben nun zwischen der Regierung und den Blockparteien Kompromißverhandlungen über eine auch den Freisinnigen gangbare Gestaltung des Sprachenparagraphen stattgefunden, die für die Reaktionsäre und Arbeiterfeinde auch Erfolg hatten. In der Sitzung der Reichsvereinsgesetzkommission vom 19. März wurde der Sprachenparagraph in wenig modifizierter Form wieder in das Reichsvereinsgesetz eingefügt und dieses nach Annahme einer weiteren, die gewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestimmung (§ 10a) in der Kommission mit den Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen angenommen.

Nach dem Kompromiß der Blockparteien hat der § 7 der Vorlage folgende Fassung erhalten:

Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.

Diese Vorschrift findet auf die internationalen Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betrieb der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alleingesehene Bevölkerungssteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungssteile nach dem Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung 60 Prozent der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten zwanzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Über die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landesteile gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden.

Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung Abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

Die Verbesserungen, die dieser Kompromißantrag der Blockparteien gegen den in erster Lesung von der Vereinsgesetzkommission abgelehnten § 7 der Regierungsvorlage aufweist sind nur gering. Tatsächlich sind jetzt nur für einige wenige Kreise der östlichen Provinzen die Beschränkungen in der Sprachenfrage, wie sie der Regierungsentwurf vorsah, aufgehoben worden, für die übrigen großen Gebiete des Reiches mit einer gemischtsprachigen Bevölkerung, insbesondere aber da, wo von den Scharfmachern ausländische Arbeiter als Lohnbrücker herangezogen werden, ist es mit der Versammlungsfreiheit, ist es mit der Aufklärung fremdsprachiger Arbeiter künstig aus und vorbei. Für die vier Millionen Polnisch sprechende Bevölkerung ist das so abgeänderte Vereinsgesetz ein verrücktes, schimpfliches, gemeines Ausnahmengesetz, für die Arbeiterbewegung, insbesondere für diejenigen in Schlesien, in Rheinland-Westfalen, in Elsaß-Lothringen usw., die auf die Aufklärung der polnischen, französischen und italienischen Arbeiter angewiesen ist, ist es eine standalbe Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes.

In der Tat sind es die Gewerkschaften, die in erster Linie unter diesem Gesetz zu leiden haben werden. Gerade das zuwandernde fremdsprachige Arbeiterelement bildet für die deutsche Arbeiterschaft eine große Gefahr, weil es von dem Unternehmertum nur zum Lohnbrücker, zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse gebraucht wird. Diesen Gefahren konnte man bisher noch dadurch entgegenwirken, daß man unter diesen Arbeitern den Sinn für die gewerkschaftliche Organisation zu wecken versuchte. Diese Agitation wird künstig nur noch in sehr beschränktem Maße möglich sein, denn es fehlt uns nach der neuen Fassung des Reichsvereinsgesetzes in Zukunft die Möglichkeit, zu unseren polnischen, holländischen, lettischen, französischen, tschechischen

oder italienischen Arbeitern in ihrer Sprache reden zu können. Eine Scheidewand wird damit aufgerichtet zwischen den deutschen und den fremdsprachigen Arbeitern, — zum Schaden der deutschen Arbeiterschaft.

Die Scharfmacher können triumphieren! Nunmehr ist das Koalitionsrecht der vielen zehntausend fremdsprachiger Arbeiter in deutschen Landesteilen beseitigt worden. Damit ist den Unternehmen auch die Sorge abgenommen worden, daß die ausländischen Lohnbrücker etwa ihrer Bestimmung untreu und mit den deutschen Arbeitsschülern zusammen die gemeinsamen Interessen verteidigen würden. Die Scharfmacher können triumphieren, und ausgerechnet die Freisinnigen sind es gewesen, die ihnen zu diesem Ausnahmengesetz gegen die deutschen Gewerkschaften verholfen haben.

Bei aller Rücksichtslosigkeit, die die Freisinnigen bisher auszeichnete, ist es doch schwer, an diese neueste freisinnige Tat zu glauben. Denn gerade die freisinnige Presse hatte sich in den letzten Wochen ganz entschieden gegen jedes Kompromiß, das nichtdeutsche Sprachen vom Versammlungsleben ausschloß, ausgesprochen. Der demokratische „Wesobachter“ bezeichnete die Nachrichten von einem Umfall der Freisinnigen in dieser Frage als „Stinkbomben“; die „Frankfurter Zeitung“ erklärte: „Ein solches Kompromiß ist unmöglich, die Linke kann und darf sich nicht darauf einlassen“, und der demokratische „Sohnstausen“ sprach unter Bezugnahme auf diesen Kompromiß sogar von einer Verfassungsverletzung, deren sich die Freisinnigen nicht schuldig machen dürften.

Und nun sind die Freisinnigen doch schmählich un-gefallen. Und das nicht nur in der Sprachenfrage; sie haben sogar einen von den Konservativen vorgeschlagenen § 10a, der das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugendlichen erheblich beschränkt, angenommen. Dieser neue reaktionäre Paragraph, der die berühmte sächsische Praxis der Minderjährigenbeschränkung im Versammlungsleben auf das Reich überträgt, lautet wie folgt:

„Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder eines politischen Vereins sein und dürfen an Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, und an öffentlichen politischen Versammlungen nicht teilnehmen.“

Bekanntlich war in dem Regierungsentwurf ausdrücklich von jeder Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes für Minderjährige abgesehen worden; es blieb auch hier den Freisinnigen vorbehalten, durch ihre Zustimmung zu diesem Antrag den Reaktionsären zu einem großen Triumph zu verhelfen. Denatürlich ist durch diese Beschränkung nicht nur die Freiheit der Kinder im Jahre ihres Lebensjahres zu erweitern genötigt und deshalb schon frühzeitig wirtschaftliche und politische Interessen zu verteidigen haben, während die Kinder der Weisenden erst erheblich später den Kampf ums Dasein aufnehmen müssen.

Wie die Tagespresse überzeugend nachweist, sind die Freisinnigen zu ihrem Umfall diesmal durch die Börsen- und Bankkapitalisten gedrängt worden. Die reaktionären Parteien haben das zurzeit dem Reichstag ebenfalls zur Beratung vorliegende Börsengesetz zum Schaden des Börsen- und Geldkapitals erheblich verschlechtert. Auf eine Beseitigung dieser für die Börse schikanösen Bestimmungen ließen sich die Konservativen nur ein, nachdem die Freisinnigen die reaktionären Wünsche betreffend des Vereinsgesetzes erfüllt hatten. So wurden die Arbeiterinteressen den Börseninteressen geopfert. Die Börsenjobber erhielten ein ihnen genehmes Gesetz, dafür wurde die Arbeiterschaft mit einem Ausnahmengesetz bedacht.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird alles tun müssen, um dieses Reichsvereinsgesetz, das für die Gewerkschaften nur ein Ausnahmengesetz ist, zum Scheitern zu bringen. Den Freisinnigen als den Handlangern der Reaktion werden wir aber begreiflich zu machen haben, daß sie auf anderes als auf Verachtung und entschiedenste Belämpfung seitens der Arbeiterschaft nicht mehr zu rechnen haben.

Zum Verbandstag.

In der letzten Nummer unserer Zeitung hat der Verbandsvorstand einige Anträge zum Verbandstag veröffentlicht, die es wohl verdienen, jetzt schon auch an dieser Stelle gewürdigt zu werden. Es ist zunächst bemerkenswert, daß nach dem Vorschlag unseres Hauptvorstandes von einer Erhöhung der Beiträge oder von einer einschneidenden Änderung oder gar Erweiterung des Unterstützungswesens auf diesem Verbandstag abgesehen werden soll. Wir können diesen Entschluß des Vorstandes nur billigen.

Der letzte Verbandstag hat bekanntlich auf beiden Gebieten sehr weitgehende Beschlüsse gefaßt. Der Verbandsbeitrag wurde dort um 15 Pf. pro Woche erhöht; es war das die höchste Beitragserhöhung, die im Verband bis jetzt vorgenommen worden ist. Ferner wurde die Krankenunterstützung eingeführt. Es ist begreiflich, daß sich im Verband allenthalben der Wunsch regt, daß man sich zunächst einmal auf der Grundlage, wie der Sölner Verbandstag sie für unsere Organisation geschaffen hat, einrichtet, daß man in bezug auf Beiträge- und Unterstützungsverhältnisse von einschneidenden Änderungen absehen möge, nachdem der letzte Verbandstag auf diesen Gebieten so gründlich reformiert hatte. In Berücksichtigung dieser Stimmung in weiten Mitgliederkreisen und weil auch er wohl den Wunsch hat, daß es zu stabileren Verhältnissen im Verband kommen möge, dürfte der Vorstand für diesen Verbandstag von der Stellung von Anträgen betreffend Beitragshöhe oder Änderung der Unterstützungseinrichtungen abgesehen haben.

Damit steht der Vorstandsantrag zu § 77 des Statuts, den Lokalananteil an den Verbandsbeiträgen von 20 auf 10 Prozent herabzusetzen, keineswegs im Widerspruch. Zum Teil wird durch diesen Antrag nur ein Versehen des letzten Verbandstages wieder gut gemacht.

Vor dem letzten Verbandstag konnten die Zahlstellen bis zu 25 Prozent des Beitrags, also bis zu 8 1/2 Pf. pro Beitrag, zu lokalen Zwecken verwenden. Ohne ersichtlichen Grund hat der letzte Verbandstag den Anteil der Lokalkassen an dem Verbandsbeitrag auf 10 Pf. normiert. Die Folge dieses Beschlusses war, daß die Beitragserhöhung um 5 Pf. allein zu Kampzzwecken, wie sie vom Verbandstag beschlossen worden war, praktisch gar nicht durchgeführt werden ist. Denn tatsächlich hat die Verbandskasse von dieser Beitragserhöhung nur 3 1/2 Pf. pro Beitrag profitiert, die restlichen 1 1/2 Pf., die doch für den Kampffonds des Verbandes bestimmt waren, sind den Lokalkassen zugeflossen. So kam es, daß die Lokalkassen trotz der erheblichen Anforderungen, die in den letzten Jahren besonders auf dem Gebiete des Unterstützungswesens an sie herantraten, überflüssig trieben, während es dem Verbandsvorstand oft genug, namentlich im letzten Jahre, schwer fiel, den an die Verbandskasse herantrahenden Anforderungen in zweckentsprechender Weise nachzukommen. Man wende nicht ein, daß ja gerade im letzten Jahre der Verbandskasse zur Durchführung des großen Kampfes große Zuwendungen aus den Lokalkassen gemacht worden seien, so daß sich eine Maßregel, wie sie durch Änderung des § 77 vom Vorstand beantragt worden ist, erübrige, denn einmal haben sich nicht alle Zahlstellen im letzten Jahre veranlaßt gesehen, der Verbandskasse unter die Arme zu greifen. Eine ganze Reihe, zum Teil größerer und leistungsfähiger Zahlstellen haben gar keine oder nur geringe Kampfbeiträge an die Verbandskasse entrichtet, obwohl sie wiederholt direkt oder indirekt an ihre Pflicht erinnert wurden. Dann aber kann diese einmalige freiwillige Zuwendung nicht befriedigen. Die Verbandskasse sollte dauernd aus den bisherigen Mitteln der Lokalkassen gewisse Zuwendungen erhalten. Das geschieht auch unserer Meinung nach am zweckmäßigsten in der Richtung des Antrages des Verbandsvorstandes.

Die Durchführung dieser Beitragsverteilung ist ohne Schaden für die Zahlstellenverwaltungen möglich. In fast allen Zahlstellen werden Lokalbeiträge erhoben, mit denen es auch in Zukunft möglich sein wird, die lokalen Aufgaben der örtlichen Verwaltungsstelle durchzuführen, wenngleich der Lokalananteil am Verbandsbeitrag um die Hälfte verringert wird. Die Verhältnisse in einigen wenigen Zahlstellen, wo in Berücksichtigung des hohen Lokalananteils in den letzten Jahren Verbandsbüros mit einem angestellten Beamten eingerichtet worden sind, ändern nichts an dieser Tatsache, denn an solchen Orten hat der Verbandsvorstand jederzeit die Möglichkeit, helfend einzugreifen, und er wird hier um so leichter und zweckentsprechender helfen können, je mehr ihm Mittel zur Verfügung gestellt werden. Und in jenen wenigen Orten, wo Lokalbeiträge nicht erhoben werden, werden die Verbandsgeschäfte durch eine Herabsetzung des Lokalananteils sicher keinen Schaden leiden. In diesen Zahlstellen bedarf es dafür großer Aufwendungen nicht. Hier konnte man ja gerade das öfteren beobachten, daß die lokalen Fonds zum Teil in einer Weise Verwendung fanden, die sicher nicht im Verbandsinteresse lag. Die Annahme des Vorstandsantrages wird auch unserer Meinung nach möglich sein. Sie ist aber notwendig im Interesse unseres Gesamtverbandes.

Mit der Organisation der lokalen Verwaltungen des Verbandes beschäftigen sich noch einige andere Anträge des Verbandsvorstandes. Da ist zunächst auf den Antrag zu § 11

hinzumeifen. Es hat sich herausgestellt, daß die Zahlstellen bei der Regelung ihrer lokalen Aufgaben Beschlässe gefaßt haben, die sich nicht immer in dem Rahmen bewegten, den sich der Verband gesetzt hat. In anderen Zahlstellen sind lokale Unterstützungen zur Einführung gelangt, wie sie in solcher Höhe selbst das Verbandsstatut nicht aufwies. So hat eine große Zahlstelle durch Lokalstatut 150 Mk. Sterbegeld festgesetzt, eine andere große Zahlstelle zahlt neben der Krankenunterstützung des Verbandes im Höchstbetrage von 78 Mk. eine lokale Krankenunterstützung im Höchstbetrage von 158 Mk. Aber auch in anderen Zahlstellen ist bei Festsetzung der lokalen Unterstützungen nicht immer das richtige Maß eingehalten worden. Da liegt die Gefahr nahe genug, daß die lokalen Interessen in der Zahlstelle weit in den Vordergrund gerückt werden, wodurch der Geist der Kollegen zum Schaden des Verbandes leidet. Die lokale Organisation wird immer mehr zur Hauptsache, der Gesamtverband zur Nebensache. Im günstigsten Falle hat die lokale Organisation mit schweren finanziellen Erschütterungen zu rechnen, die wieder nur den Verband schädigen, indem seine Entwicklung am Orte und seine Aktionskraft im ganzen gelähmt wird. Möge diese Gefahr zunächst auch nur im Bereich einer fernen Möglichkeit liegen, so liegt für den Verband doch alle Veranlassung vor, sie beizeiten zu hemmen. Es ist nicht weise gehandelt, wenn man mit der Beseitigung eines unhaltbaren Zustandes so lange wartet, bis für den Verband großer Schaden daraus erwachsen ist. Nach unserer Meinung trifft auch hier der Antrag des Vorstandes das Richtige, nur erscheint uns die Normierung der lokalen Unterstützungen auf die Hälfte der Verbandsunterstützungen zu hoch. Ein Drittel oder vier Zehntel der Verbandsunterstützungen dürfte für die lokalen Unterstützungen zurzeit vollaus genügen.

Der Antrag zu § 78 bedeutet lediglich eine präzisere Fassung dieses Paragraphen, die sich durch die Praxis als notwendig erwiesen hat. Auch der Antrag zu § 76 bringt lediglich das, was ist, im Statut sachgemäß zum Ausdruck. Der vorgeschlagene Absatz 2 des § 77 bringt auch nur etwas Selbstverständliches zum Ausdruck, das aber im Statut zum Ausdruck kommen mußte, nachdem einzelne Zahlstellen in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen sind, möglichst viel Hauptkassengelder am Orte festzuhalten, um die Lokalkassengelder besser aufsummen und möglichst hohe Zinsbeträge daraus ziehen zu können. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Verband durch solche kurzfristige Manipulationen in seiner Aktionskraft schwer geschädigt wird. Auch der Unredlichkeit wird dadurch Vorbehalt geleistet. Würden die Gelder an die Hauptkasse regelmäßig eingesandt, dann würden auch lange nicht so häufig, als es leider der Fall ist, Kassendefizite in den Zahlstellen sich einstellen. Ebenso selbstverständlich und zur Durchführung einer besseren Kassenkontrolle zweckmäßig und notwendig ist der Vorstandsantrag zu § 109 des Statuts.

Auch über die Anträge zu § 7, 8 und 22 sind Erklärungen nicht notwendig. Diese Anträge sind lediglich der konsequente Ausdruck der für den Verband gültigen Übereinstimmungen und der mit den ausländischen Bruderverorganisationen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge. Der Antrag zu § 12 machte sich notwendig, um zu verhindern, daß von der Beitragspflicht entbundene Kollegen nicht doch ihre Beiträge entrichten, um schneller wieder den Bezug der Unterstützung und dadurch die ungebührliche Ausnutzung des Verbandes zu ermöglichen. Auch die Anträge zu § 13, 14, 34 und 56 sollen lediglich diesen Paragraphen des Statuts eine präzisere Fassung geben, das, was schon ist, in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck bringen. Der Antrag zu § 67 des Statuts entsprach einem dringenden Bedürfnis.

Bei der jetzigen Höhe des Verbandsbeitrags muß für das Mitglied leicht die Gefahr des Verlustes der Mitgliedschaft, wenn seitens der Zahlstellenverwaltung nicht für eine regelmäßige Einhebung der Beiträge Sorge getragen wird. Denn es ist für den Kollegen weit schwieriger, 8 Wochenbeiträge à 50 Pf. als 8 Wochenbeiträge à 25 Pf. zu zahlen. Oft genug bleibt es da beim guten Vorsatz; das Interesse am Verband ist nicht so groß, daß man solch hohe Restbeiträge zahlt, um sich die Verbandsmitgliedschaft zu sichern. So gehen dem Verband viele Mitglieder verloren, die vielleicht zu halten gewesen wären, wenn die Möglichkeit der Aufsummung so hoher Reste durch Verbandsstatut nicht gegeben wäre. Auf der anderen Seite sind aber mittlerweile die Anforderungen des Mitgliedes an die Verbandskasse in den letzten Jahren so sehr gesteigert worden, daß es nicht mehr als billig ist, daß man die Mitglieder zu pünktlicher Gegenleistung verpflichtet. Die letzten Verbandstage haben dem schon insoweit Rechnung getragen, daß sie den Anspruch auf die wichtigeren Unterstützungen bei mehr als sechs Beitragsresten ausschlossen. Mit dieser Bestimmung ist aber § 67 des Statuts nicht in Einklang gebracht worden, so daß jetzt der unhaltbare Zustand besteht, daß Kollegen nach der jetzigen Fassung dieses Paragraphen vollberechtigte Mitglieder und nach § 36 und 54 gleichwohl von dem Bezug der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausgeschlossen sind. Diese Ungleichheit wird durch den Vorstandsantrag zu § 67 ausgemerzt, wie dadurch auch die Mitglieder zu pünktlicher Beitragszahlung erzogen werden.

So viel über die vorliegenden Anträge zum Verbandsstatut. Über die Arbeiten des Verbandstags demnächst mehr.

„Christlicher Idealismus.“

n. Ein christliches Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Metallarbeiter“, verbricht in einer seiner letzten Nummern einen augenverdrehenden Artikel mit der löhnenüberschritt: „Fort mit dem Materialismus, hin

zum Christentum!“ Das Blatt will nämlich bemerkt haben, daß gegenwärtig „im sozialdemokratischen Lager unter den Führern die heftigsten Kämpfe toben“, wobei es als Beweis sich auf die Auseinandersetzungen der Lokalorganisationen und der Zentralverbände beruft. „Der reine rote Gegenfessel, ein wirklich schöner Blick in den Zukunftsaussicht!“ — ruft das christliche Gewerkschaftsblatt aus; es zitiert ein Wort des Bischofs Ketteler, wonach ohne Religion alles dem Egoismus und Materialismus verfällt, und die Arbeiterbewegung nur auf Erfolge zu rechnen hat, wenn sie zur Religion die rechte Stellung zu finden weiß. Das Blatt schließt dann: „Dieses wahre Wort des weitblickenden Arbeiterbischofs ist durch die Gründung und machtvolle Erstarkung der christlichen Gewerkschaften schon zum Teil in Erfüllung gegangen. In der christlichen Arbeiterbewegung liegt es, das Werk vollständig zu machen. Darum Kampf dem Materialismus, hoch unsere christlichen Ideale!“

Die Christlichen sind immer große Pharisäer gewesen, die im Bewußtsein der eigenen Würdigkeit auf den Nachbar herabblicken und ausrufen: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener!, die über den Splitter im Auge des Nächsten stolpern, aber den Balken im eigenen Auge nicht sehen wollen. Demgemäß reden sie von der „machtvollen Erstarkung“ der christlichen Arbeiterbewegung, in der angeblich alles vom besten bestellt ist, und stellen andererseits die Sache auf der Gegenseite so dar, als ob bei den freien Gewerkschaften alles drunter und drüber ginge und die Meinungsverschiedenheiten dort in einer Weise ausgefochten würden, daß es einen anständigen Menschen anwidern müßte. Nun spielt sich aber der so kritisch veranlagte und moralisch entrüstete „Deutsche Metallarbeiter“ selber einen sehr bösen Streich insofern, indem er in derselben Nummer, wo er dem christlichen Idealismus im Gegensatz zum sozialistischen Materialismus ein Loblied singt, einen Artikel veröffentlicht, der so recht beweist, was es mit dem „christlichen Idealismus“ auf sich hat.

In der ultramontanen Arbeiterbewegung streiten bekanntlich zwei Richtungen miteinander: die M.-Glabbacher und die Berliner, und zwar ist es die Gewerkschaftsfrage, um die sich der Streit dreht. Die M.-Glabbacher treten für die interkonfessionellen, christlichen Gewerkschaften, die Berliner für die katholisch konfessionellen Gewerkschaften, das heißt Fachabteilungen innerhalb der Arbeitervereine ein. Der Streit tobt seit dem Erlaß des Fuldaer Pastorales, jener Rundgebung der preussischen Bischöfe aus dem Jahre 1900, die sich gegen die christlichen Gewerkschaften aussprach, und zwar tobt dieser Streit in Formen, die dem „christlichen Idealismus“, auf den sich die M.-Glabbacher wie die Berliner mit gleicher Inbrunst berufen, ein recht seltsames Zeugnis ausstellen. So bringt gerade jetzt der „Deutsche Metallarbeiter“ einen Artikel über „Berlinerereien in Oberschlesien“. Gleich in den ersten Sätzen wird den Berlinern „Führung der Arbeiter“, „niedrige Verleumdung“ und „sonstige Verächtlichung“ vorgeworfen. Dann heißt es über den Berliner Arbeitersekretär Bull:

„Er verfehlt es, sich die Gönnerschaft aus der Berliner Kaiserstraße zu erhalten. Das besorgt er durch eine geradezu ekelhafte, verabscheuungswürdige Kampfesweise gegen die christlichen Gewerkschaften. Kürzlich hat er eine Tour durch Oberschlesien gemacht und dabei seine früheren Maßlosigkeiten noch in den Schatten gestellt. ... Der unklare und verschommene Vortrag bestand zum größten Teil aus Angriffen und unwahren Beschuldigungen gegen die christlichen Gewerkschaften und Umürsen gegen deren Führer und Verteidiger. Was Herr Bull in dieser Beziehung sagte, stellt alles, was man sich von dem in der Welt der Berliner Fachabteilungen gehört hat, in den Schatten. Lügner, gemeine Verleumder, infamste Lügner der Welt, Patrone, Heuchler, Verräter, Modernisten, laze Christen, Verteidiger der Sittentotenmoral“ — das waren die immer wiederkehrenden Titel, womit Herr Bull die christlichen Gewerkschaften bedachte.“

In einer Versammlung in Deutsch-Kramarn traten einige christliche Gewerkschaftssekretäre Herrn Bull entgegen. Einer von ihnen nannte Bulls Vorgehen Gassenhübenart und lehnte es ab, mit Gassenhüben zu diskutieren. Ein anderer wurde, als er sich gegen die Geschäftsführung des Verbandsleiters wandte, aufgefordert, das Lokal zu verlassen. „Es entstand — so berichtet das Fachblatt der christlichen Metallarbeiter — ein Tumult. Mehrere Landwirte und Händler gingen mit erhobenen Stöcken auf den Redner los, nur durch dessen ruhiges und besonnenes Verhalten wurde Schlimmeres verhütet. Herr Bull beteiligte sich eifrig mit an der Hinausbeförderung der drei christlichen Gewerkschaftler, die gewagt hatten, gegen die Leitung zu protestieren.“

Wie man sieht, offenbart sich der vom „Deutschen Metallarbeiter“ gerühmte „christliche Idealismus“ in sehr merkwürdiger Gestalt. Natürlich wissen auch die Berliner von der Gegenseite allerhand Erbauliches zu diesem Kapitel zu erzählen. So bringt der „Arbeiter“, das Organ der Berliner, einen Artikel unter dem Titel: „Die „Christlichen“ auf dem Kriegspfade“, der folgendermaßen beginnt:

„Die Haupttätigkeit der christlich-interkonfessionellen Gewerkschaftsführer scheint bekanntlich in der Bekämpfung des katholischen Arbeiterverbandes zu liegen. Mit nicht zu überbietender Rücksichtslosigkeit wird Tag für Tag in Wort und Schrift Angriff auf Angriff gegen unsere katholische Arbeiterorganisation geführt. Fast ohne jede Ausnahme beschießen sich die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaftsblätter, in jeder einzelnen Nummer ihren Lesern einen Schimpf- und Verleumdungsartikel vorzusetzen. Vervollständigt wird dieses traurige Bild dadurch, daß einige von den christlichen Gewerkschaften sich abhängig fühlende katholische Zeitungen kritiklos diese Angriffe abdrucken.“

Es folgt nun eine lange Liste von allerhand Nichtsnutzigkeiten, die den christlichen Gewerkschaften zur Last gelegt werden. So wird von einer Versammlung in Hühnerfeld berichtet, wo der Redakteur Meurer von der ultramontanen „Saarpost“ redete. Als der Arbeitersekretär Holz (Berliner Richtung), dem das Wort zur Diskussion verweigert worden war, dieserhalb an Meurer nach der Versammlung eine Frage richtete, schlug ein Begleiter Meurers den völlig ahnungslosen Holz derart mit der Hand ins Gesicht, daß dieser rücklings in den Saal taumelte. Der „Arbeiter“ schließt seine Sammlung von Beiträgen zum „christlichen Idealismus“ mit folgenden Sätzen:

„Uns liegen heute noch eine große Reihe von Einwendungen unserer Verbandsmitglieder aus den verschiedensten Bezirken vor, in denen auf die rohe Polemik christlicher Gewerkschaftler hingewiesen wird und in denen die erhobenen Beleidigungen und Verleumdungen zurückgewiesen werden sollen. Der Raum unseres Blattes reicht heute nicht aus, um auch nur einen Teil dieser weiteren Angriffe zurückzuweisen. Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung, daß wir diese Erbärmlichkeiten hier besprechen müssen; wir tun es nur, soweit unsere Selbstachtung uns zur Verteidigung zwingt.“

Und nun noch einen dritten Beitrag zum „christlichen Idealismus“. Da ist in Trier der Verband deutscher Eisenbahnhändler und -arbeiter, der unter der Leitung des Sattlers Molz steht. Die christlichen Gewerkschaften bemühen sich seit lange, den Verein zum Anschluß an ihren Gesamtverband zu veranlassen, denn er zählt 40000 bis 50000 Mitglieder und würde einen kräftigen Zuwachs für die christliche Gewerkschaftsbewegung bringen. Aber die Leitung des Trierer Eisenbahnerverbandes verhält sich dem Verlangen der Gladbacher gegenüber ablehnend, und Peter Molz veröffentlicht in dem Blatte des ehemaligen Zentrumsabgeordneten Zusangel, der „Westdeutschen Volkszeitung“, einen Artikel, worin er der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ (M.-Glabbacher) vorwirft, daß sie ihn systematisch verleumde, um einen Keil zwischen den Trierer Verband und seiner Leitung zu treiben. Dann wird darauf hingewiesen, daß der Eisenbahnerverein sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nicht anschließen könne, weil er sich nicht an Bestrebungen beteiligen dürfe, die dem Ausstand geneigt seien. Nach einem Hinweis auf die Streikbestimmungen des Gesamtverbandes heißt es:

„Kollegen, habt ihr nun Lust, solcher zweifelhafter Freunde und Ratgeber wegen euch den Verlust eurer Organisation, ja vielleicht eurer Existenz anzusehen? Aus welchem Grunde sollen wir zu solchen uns verbotenen, uns absolut nichts nützenden Zwecken Beiträge leisten, über die uns täglich die Zeitungen und Statistiken belehren, daß hierfür ohnehin jährlich unermessliche Geldsummen resultatlos verschwendet und das Nationalvermögen um Millionen Mark geschädigt wird, und durch welche leider allzu oft überaus zahlreiche Familien grenzenlosem Unglück überantwortet werden. Aus welchem Grunde sollen wir mithin für andere Stände, die uns vollständig fernstehen und deren Interessen ganz andere sind als die unserigen, ganz zwecklos auf Nummerwiedersehen große Geldsummen opfern. Fort deshalb mit diesen höchst fragwürdigen Elementen und unnötigen Beratern, die nur auf die Geldbeiträge der Eisenbahner spekulieren und sich bemühen, dieselben für ihre Sonderzwecke zu gewinnen, ohne imstande zu sein, den eigenen Mitgliedern mehr als schwulstige Reden zu bieten. Fort deshalb mit allen in Frage kommenden Schmarozhern und Verrätern!“

Der Trierer Eisenbahnerverband rechnet sich zu der christlichen Arbeiterbewegung; er steht in der Liste der christlichen Gewerkschaften, trotzdem er sich dem Gesamtverband nicht anschließen hat, mit Verachtung, auch war der Verband auf dem christlichen Arbeiterkongress (Frankfurt 1903, Berlin 1907) vertreten. Das hindert den Vorsitzenden des Verbandes nicht, gegen die Führer anderer christlicher Organisationen die ehrenrührigsten Beschuldigungen zu schleudern. Man erkennt aus alledem, mit welchem Rechte die christlichen Gewerkschaften dem „Idealismus“ in den eigenen Reihen Loblieder singen und über den „Materialismus“ und die „Roheit“ im Lager ihrer Gegner zetern. Die Christlichen kommen aus ihrer pharisäischen Annahme nicht heraus. Als mildernder Umstand mag ihnen angerechnet werden, daß sie in ihrer Dummheit selber die Beweise liefern, wie faul es mit ihrem gerühmten „Idealismus“ bestellt ist.

Aus der Klingenthaler Mund- und Ziehharmonikaindustrie.

S. Das verfloßene Jahr war, wie auch in den anderen Zweigen der deutschen Musikinstrumentenindustrie, für die hiesige Industrie ein recht günstiges. Ob die hiesigen Fabrikanten ebenso wie die Trossinger es als ein Rekordjahr bezeichnen werden, ist zunächst noch abzuwarten. Der gesamte Export Deutschlands an Mundharmonikas stieg von 11506 Doppelzentner im Werte von 3282000 Mk. im Jahre 1906 auf 14604 Doppelzentner im Werte von 4125000 Mk. im Jahre 1907. Ziehharmonikas wurden im Jahre 1906 18758 Doppelzentner im Werte von 3619000 Mk., im Jahre 1907 dagegen 18402 Doppelzentner im Werte von 4925000 Mk. ausgeführt. Für Mundharmonikas beträgt demnach die Steigerung der Ausfuhr 27 Prozent, bei Ziehharmonikas 33 1/2 Prozent.

Die „Musikinstrumenten-Zeitung“ nennt dies das gewohnte erfreuliche Bild der Ausfuhrstatistik von Mund- und Ziehharmonikas. Für die Arbeitgeber mag diese Bezeichnung zutreffen, für die Arbeiterschaft des hiesigen Industriebezirks kann davon aber nicht die Rede sein. Was sie durch intensiveres Arbeiten bis in die Nacht hinein mehr verdient — denn die Erhöhung der Löhne und Akkordpreise, von denen so oft geschrieben und geredet wurde, ist und bleibt,

von wenigen Ausnahmen abgesehen, für die hiesige Arbeiterschaft eine Fabel —, reichte in den meisten Fällen nicht dazu aus, die erhöhten Lebensmittelpreise zu decken. Für die Arbeitererschaft kann man daher das Jahr 1907 im wahren Sinne des Wortes als ein Reformjahr erhöhter Anstrengung und Ausnützung durch die Fabrikanten bezeichnen. —

Nach und nach macht sich nun auch im hiesigen Industriegebiet ein erhebliches Nachlassen der Geschäftskonjunktur bemerkbar. Allerdings tritt dasselbe hier äußerlich noch nicht dadurch in die Erscheinung, daß große Scharen gänzlich arbeitslos sind, sondern es zeigt sich vorerst nur darin, daß viele Hausarbeiter das Quantum Arbeit zum Teil bedeutend einschränken müssen. Auch sind die Fälle, wo die Fabrikanten diese Leute einige Wochen aussetzen lassen, nicht mehr selten und mehren sich von Woche zu Woche. Jetzt zeigt sich auch für manchen, der bei guter Geschäftszeit es nicht glauben wollte, mit welcher Raffinerie die Fabrikanten es verstehen, jede Situation für sich auszunützen. Während dieselben bei guter Geschäftszeit bestrebt sind, neben den in ihren Fabriken angefertigten Arbeiten auch noch möglichst viel in der Heim- und Hausarbeit herstellen zu lassen und dadurch eine ausreicheude Erweiterung ihrer Fabrikanlagen, welche naturgemäß mit der Anwendung eines größeren konstanten Kapitals verbunden ist, umgehen, sind sie bei eintretender schlechter Geschäftskonjunktur eifrig bestrebt, den Fabrikbetrieb so lange wie möglich voll und ganz aufrechtzuerhalten, um das in den Fabrikanlagen usw. steckende Kapital zu verzinsen. Jedermann weiß es, daß die Maschinen und auch sonstige Fabrikanlagen, auch wenn sie nicht benutzt werden, abnützen. Das bedeutet für den Fabrikanten einen Verlust. Dagegen hat er nicht den geringsten Schaden, wenn auch noch so viele fleißige Hände der Heim- und Hausarbeiter ganz oder teilweise bei schlechter Konjunktur stillstehen müssen. Ja dieser Zustand bedeutet für den Fabrikanten vielfach einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Selbst in der besten Geschäftszeit ist es sowohl den Fabrikanten wie auch Hausarbeitern infolge der niedrigen Löhne und Akkordpreise nicht möglich, Ersparnisse zurückzulegen, daher bedeutet für den größten Teil der hiesigen arbeitenden Bevölkerung schon eine kleine Einschränkung der Produktion eine Vermehrung des bestehenden Glends. Die Preise für alle notwendigen Existenzmittel sinken gar nicht, oder doch nicht in demselben Maße wie die Steigerung in den letzten Jahren bei guter Geschäftskonjunktur. Essen aber muß der Arbeiter, auch wenn er nicht arbeitet und wenn er selbst sich auch die größten Entbehrungen auferlegt. Der in den meisten Fällen zahlreicheren Kinderschar läßt es sich nicht leicht begreiflich machen, daß es in unserer „göttlichen“ Weltordnung ein scheinbar feststehendes Gesetz ist, daß große Scharen der als die Krone der göttlichen Schöpfung bezeichneten Menschenkinder dazu verdammt sind, das Notwendigste zu entbehren.

Mit bangen Ahnungen erfüllt, wird der Weg nach der Fabrik zur Ablieferung der fertiggestellten Arbeit angetreten; weiß man doch nicht, ob man das Glück hat, eine neue Lieferung zu bekommen, oder ob man nicht auch das Loß einer ganzen Anzahl anderer teilen muß. Die Ablieferung ist vorüber; nicht wie bei guter Geschäftszeit liegt der neue Auftrag bereits da, vergeblich suchen die Augen im Raume danach. Endlich ringt sich ihm die Frage nach neuer Arbeit von den Lippen. Mit hochgezogenen Achseln erklärt jedoch der Fabrikant oder sein Vertreter dem Wartenden, daß der Geschäftsgang sehr schlecht sei, die fertige Ware nicht abgeholt werden könne usw., um schließlich seine gut einstudierte und in den letzten Wochen ja schon so oft wiederholte Rede dahin ausklingen zu lassen, daß, um den Absatz zu steigern, billiger produziert werden müsse. Nur wenige sind standhaft genug, den klagenden Tönen des Fabrikanten und auch der drohenden Gefahr gänzlicher Arbeitslosigkeit zu widerstehen; gern greifen die meisten zu. Und wenn auch schon bei den bisherigen Preisen bis tief in die Nacht gearbeitet werden mußte, um im günstigsten Falle 14 bis 15 Mk. zu verdienen, so gibt man sich doch der Hoffnung hin, daß es möglich sei, seinem Körper eine noch größere Anstrengung zumuten zu können und so vielleicht auch bei den reduzierten Preisen den alten Verdienst zu erzielen. Nur wenigen von der Natur besonders Bevorzugten gelingt dies, die Mehrzahl muß bald einsehen, daß das ein vergebliches Bemühen ist, und daß auch der Körper des Arbeiters nur bis zu einem gewissen Grade angepannt werden kann. Allmählich schiebt man sich darin, mit dem geringeren Verdienst sich einzurichten. Hofft man doch, daß bald wieder eine bessere Geschäftskonjunktur eintreten und daß dann der Fabrikant so gütig sein wird, eine Lohnzulage oder Preiserhöhung zu gewähren. Der eine oder andere Fabrikant ist schließlich auch nicht abgeneigt dazu, die Mehrzahl derselben aber wartet damit so lange, bis sie dazu gezwungen werden, oder wenn sie sehen, daß von den organisierten Arbeitern eifrig für die Organisation agitiert wird. Dann suchen sie durch kleine unbedeutende Aufbesserungen den Erfolg der Agitation zu verhindern. Leider ist ihnen das auch bisher noch zum großen Teil gelungen. Die hiesige Arbeiterschaft, das wissen auch die Fabrikanten, ist nur zu gern geneigt, die überstandene Not zu vergessen, wenn eine kleine Besserung sich bemerkbar macht. Gern verschließt sich der Heimarbeiter dem Gedanken, daß es nicht lange dauern wird, wo sein Glend sich wieder vergrößert, ja in vielen Fällen das frühere noch bei weitem übertrifft. Unermüdlicher, anstrengender Aufklärungsarbeit der organisierten Kollegen bedarf es in diesen Distrikten noch, um der hiesigen arbeitenden Bevölkerung es begreiflich zu machen, daß nur ein gemeinsames Handeln aller in einer starken Organisation vereinigten Arbeiter die Gewähr bietet, auch für die Musikinstrumentenindustrie des oberen Vogtlandes bessere und menschenwürdigere Zustände zu schaffen.

Neue Gewerkschaftsliteratur.

(Schluß.)

Es bleibt uns noch übrig, kurz einige statistische Publikationen der Gewerkschaften und einige Agitationsliteratur zu besprechen.

Da sind zunächst zwei Schriften des Zimmererverbandes zu erwähnen, wir meinen „Erste Publikation aus den statistischen Erhebungen im Monat August 1906, Wohnorte und Anzahl der ermittelten Zimmerer und deren Organisationsverhältnisse“ und „Organisationsverhältnisse, Arbeitszeit und Stundenlöhne im deutschen Zimmerergewerbe. Zweite Publikation aus den statistischen Erhebungen im Monat August 1906.“ Der Zentralverband der Zimmerer usw. Deutschlands hat im August 1906 statistische Erhebungen veranstaltet über die Organisationsverhältnisse, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe. Dabei sind auch die Wohnorte der ermittelten Zimmerer erfragt worden. Der Zimmererberuf verteilt sich noch gleichmäßig über Stadt und Land. Das zeigt sich auch in der Tatsache, daß die insgesamt 83312 Zimmerer, die an diesen Erhebungen beteiligt sind, sich auf 9805 Wohnorte verteilen. Darunter waren nur 660 Zahlstellen des Verbandes, ein Beweis dafür, daß der organisatorische Einfluß des Zimmererverbandes sich auf erheblich mehr Orte erstreckt, als aus dem Zahlstellenverzeichnis erhellt. Und so wie im Zimmererverband dürften die Verhältnisse in allen anderen Gewerkschaften liegen. Aus diesen Tatsachen erhellt, wie gerade durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Geist der modernen Arbeiterbewegung aufs flache Land, auch in den kleinsten Ort getragen wird, wie die Gewerkschaft Kulturbringerin im wahren Sinne des Wortes ist. Von den 83312 an der Statistik beteiligten Zimmerern waren 4394 in anderen Organisationen, 31480 gar nicht organisiert. Die Statistik erstreckte sich auf 2708 Arbeitsorte und 11270 Betriebe. Aus der sehr interessanten Statistik sei noch mitgeteilt, daß im Zimmerergewerbe die 10stündige tägliche Arbeitszeit die vorherrschende ist. Es arbeiteten 9 Stunden 20,84 Prozent, 9 1/2 Stunden 9,98 Prozent, 9 3/4 Stunden 1,05 Prozent, 10 Stunden 55,17 Prozent, 10 1/2 Stunden 4,87 Prozent, 11 Stunden 7,53 Prozent und über 11 Stunden 0,56 Prozent der beteiligten Zimmerleute. Für 78763 der an der Statistik beteiligten Arbeiter wurden Stundenlöhne ermittelt, und zwar im Durchschnitt von 50,20 Pf. Bis zu 30 Pf. pro Stunde verdienten 4,66 Prozent, von 31 bis 40 Pf. 29,02 Prozent, von 41 bis 50 Pf. 25,14 Prozent, von 51 bis 60 Pf. 18,24 Prozent, von 61 bis 70 Pf. 7,53 Prozent, von 71 bis 80 Pf. 14,29 Prozent, von 81 bis 90 Pf. 0,97 Prozent, über 90 Pf. 0,15 Prozent der Beteiligten. Auch aus dieser Statistik, die interessante Aufschlüsse über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zimmerleute und die Entwicklung des Zimmererverbandes gibt, erhellt, welcher heftigen Einfluß die Gewerkschaft auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausübt.

Auch vom Deutschen Metallarbeiterverband liegen zwei Publikationen statistischer Art vor. Wir meinen „Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauklemmer und Installateure Deutschlands“ und „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter“. Die Erhebungen über die Lage der Bauklemmer und Installateure, die im April und Mai 1906 vorgenommen wurden, erstreckten sich auf 247 Orte, auf 2476 Betriebe und 15 662 Arbeiter. Es wurde eine tägliche Arbeitszeit ermittelt von 9 Stunden und weniger für 3545 Arbeiter = 24 Prozent, von 9 1/2 Stunden für 3689 Arbeiter = 24 Prozent, von 10 Stunden für 7171 Arbeiter = 45,6 Prozent und von mehr als 10 Stunden für 1256 Arbeiter = 7,4 Prozent der an der Erhebung Beteiligten. Die Löhne sind sehr verschieden. Unter 35 Pf. pro Stunde verdienten 1307, 35 Pf. 659, 36 Pf. 202, 37 Pf. 163, 38 Pf. 375, 39 Pf. 95, 40 Pf. 1047, 41 Pf. 54, 42 Pf. 538, 43 Pf. 197, 44 Pf. 181, 45 Pf. 988, 46 Pf. 204, 47 Pf. 301, 48 Pf. 255, 49 Pf. 87, 50 Pf. 584, 51 Pf. 138, 52 Pf. 340, 53 Pf. 147, 54 Pf. 254, 55 Pf. 464, 56 Pf. 202, 57 Pf. 157, 58 Pf. 85, 59 Pf. 45, 60 Pf. 796, 61 bis 65 Pf. 327, 66 bis 69 Pf. 70, 70 Pf. 570, 75 Pf. 86, 80 Pf. und mehr 5 der Beteiligten. Der Durchschnittsverdienst belief sich auf 46,5 Pf. pro Stunde, 27 Mk. pro Woche oder 1350 Mk. pro Jahr. Auch hier wird der alte Erfahrungssatz aufs neue bestätigt, daß die höchsten Löhne in jenen Betrieben anzutreffen sind, wo die niedrigsten Arbeitszeiten bestehen. Die interessante Statistik beschäftigt sich auch mit der Gewerbehygiene, dem Unfallschutz, dem Familienstand, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wohnungsmiete, Schulgeld, Steuern und ihrem Einfluß auf die Lage der Bauklemmer und Installateure. — Die Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter auf den Werften ist Ende des Jahres 1906 und Anfang 1907 durchgeführt worden. Sie umfassen mehr als die Hälfte aller im deutschen Schiffbau beschäftigten Arbeiter: es konnten die Verhältnisse von 24077 Werftarbeitern auf 32 Privatwerften in 317 Betriebsabteilungen oder Berufsgruppen ermittelt werden. Die Löhne dieser Arbeiterkategorien sind keineswegs so günstig, wie der oberflächliche Beobachter anzunehmen liebt: Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt für 1701 Arbeiter unter 18 Jahren 18 1/2 Pf., für 5793 Arbeiter von 18 bis 25 Jahren 34 Pf. und für 16081 Arbeiter über 25 Jahren 36 1/2 Pf. Erheblich un-

¹ Beide erschienen im Verlag des Zimmererverbandes, F. Schröder, Hamburg, Besenbinderhof 57/66 III.
² Beide Stuttgart 1907, Druck und Verlag von Alexander Schläde & Cie. in Stuttgart.

günstiger sind noch die sogenannten Einstellungslohne, wie sie vorzüglich auf den Werften üblich sind. Hierüber und über die Mißstände in bezug auf Akkord- und Überzeitarbeit enthält die Statistik ein reichhaltiges Material.

Hier ist ferner zu erwähnen die vom Vorstand des Schiffszimmererverbandes herausgegebene umfangreiche Schrift „Die Lage der deutschen Schiffszimmerer“, nach den statistischen Erhebungen von dem Jahre 1899 bis zum Jahre 1906 bearbeitet von S. Miers.¹ Zunächst sind in der Statistik die Resultate von 27 Erhebungen in den Mitgliedschaften des Schiffszimmererverbandes über die Arbeitslosigkeit und Krankheit im Gewerbe verarbeitet, die von Juni 1899 bis Juni 1906 vorgenommen worden sind. Weiter sind aus acht Jahren die Durchschnittslöhne und die Arbeitszeiten der Mitglieder des Verbandes angegeben; auch hier treten bedeutende Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in der von der Statistik erfaßten Zeit zutage. Schließlich wird ein interessanter zahlenmäßiger Nachweis über die Wirkung der Unterstützungsrichtungen im Schiffszimmererverband gegeben. Dem Werk sind graphische Tabellen eingefügt, die die in der Statistik behandelten Gegenstände behandeln.

Schließlich verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes herausgegebene Schrift „Beiträge zur Kenntnis der Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands“,² die statistisches und mehrere interessante Artikel des Genossen Hüb über die Lage der Hüttenarbeiter, die seinerzeit in der „Metallarbeiter-Zeitung“ erschienen sind, wiedergibt. Die Schrift ist seinerzeit dem Bundesrat und Reichstag zur Kenntnis und Einsichtnahme zugesandt worden.

Der Maurerverband hat im Vorjahre eine gerade für das Baugewerbe sehr aktuelle Agitationschrift „Zur Frage der Akkordarbeit“ herausgegeben. Auch die vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebene Schrift „Vorwärts mit der Stellmacherbewegung“³ ist hier mit Anerkennung zu nennen. Mit besonderem Interesse haben wir aber die von Dr. Max Duard für den Fabrikarbeiterverband verfaßte Agitationsbroschüre „Profit und Arbeit in der chemischen Großindustrie“⁴ gelesen. Diese Schrift ist inhaltlich und rein äußerlich recht gut und kann mancher gewerkschaftlichen Agitationschrift zum Vorbild dienen. — An ähnlichen Schriften sind noch zu nennen: „Was lehren uns die modernen Wirtschaftskämpfe? Ein Mahnwort an unsere Kollegen vom Vorstand des Bildhauerverbandes.“⁵ „Was will der Deutsche Photographengehilfenverband und welche Vorteile bietet er seinen Mitgliedern?“⁶ und „Hüttenarbeiter, erwacht! Eine Mahnung an alle Hüttenarbeiter, die es mit der Verbesserung ihrer Lebenslage ernst meinen.“⁷ Sehr gut für die Agitation gegen die christlichen Gewerkschaften ist der im Verlag des Münchener Gewerkschaftsvereins als Broschüre herausgegebene Vortrag des Kollegen Anton Raith: „Streiflichter zum Entrüstungsrundmel der christlichen Gewerkschaften“ und die vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins herausgegebene Schrift „Der christlich-nationale deutsche Gärtnerverein“⁸ gegen die gelben Gewerkschaften, „Die entblößte Schande der gelben Gewerkschaft im Bäckergewerbe und ihrer Väter und Mütter aus dem Junungs-lager“.⁹

Damit wollen wir für heute die Übersicht über die neue Gewerkschaftsliteratur schließen. In kurzem mehr.

Tätigkeitsbericht der Zentralkommission der Stellmacher.

Wie aus mehreren in der „Holzarbeiter-Zeitung“ in jüngster Zeit veröffentlichten Korrespondenzen einzelner Stellmacherektionen hervorging, scheint die Tätigkeit unserer Zentralkommission im verflochtenen Jahre bei manchen Kollegen keine rechte Befriedigung gefunden zu haben. Die Ursache dessen dürfte wohl zum größten Teile in der Verkennung der eigentlichen Aufgaben einer Branchen-Zentralkommission zu suchen sein, so daß es sich verlohnt, dieses Gebiet mit einigen Worten zu freieren. Die Funktionen der zurzeit im Holzarbeiterverband bestehenden zwölf Zentralkommissionen, die mit einer Ausnahme sämtlich von spezialen, der Gründung dieser Körperschaften vorausgegangenen Branchenkonferenzen festgesetzt wurden, lassen sich kurz in folgende vier Punkte zusammenfassen:

1. Befestigung und Aufrechterhaltung der Organisationszugehörigkeit der Branchenangehörigen Deutschlands im Deutschen Holzarbeiterverband;
2. Unterstützung des Hauptvorstandes und der Gauvorstände in der Agitation;
3. Sammlung von Material, wie Tarife, Akkordpreise einzelner Spezialarbeiten sowie Feststellung bestimmter Berufszeugarten und Veröffentlichung all dessen zwecks Bessergestaltung der Agitation und Organisation;
4. Anbahnung zur Durchführung einheitlicher Tarife.

¹ Hamburg 1907, Verlag von W. Müller.
² Stuttgart 1907, Verlag von Alexander Schläde & Cie.
³ Hamburg 1907, Verlag: Zentralverband der Maurer Deutschlands, Th. Bismellburg. 94 Seiten. Preis 10 Pf.
⁴ Stuttgart 1907, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.
⁵ 1907. Verlag von August Breh, Hannover, Mühlstraße 5. 31 Seiten. Preis im Buchhandel 50 Pf.
⁶ Zu beziehen vom Zentralbureau, Berlin S 53, Bergmannstraße 68.
⁷ Zu beziehen von der Geschäftsstelle, Berlin, Josephstraße 71.
⁸ Stuttgart 1907, Verlag von Alexander Schläde & Cie.
⁹ Berlin 1907, Selbstverlag des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, Berlin N 37, Metzgerstraße 3. 40 Seiten. Preis 10 Pf.
¹⁰ Hamburg 1907, Verlag von D. Almann, Besenbinderhof 57.

Es versteht sich nun ohne weiteres, daß von all diesen Funktionen vor allem Punkt 3 den wesentlichsten Bestandteil einzunehmen hat, weil gerade das bisherige Fehlen derartiger Materialien die Bildung von Zentralkommissionen zur Notwendigkeit machte und weil in Zukunft jede erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaftsarbeit innerhalb der einzelnen Branchen nur durch möglichst reichhaltige Beschaffung derartiger Unterlagen durchführbar ist. Wie wenig gerade dieses von den einzelnen Kollegen und Sektionen die notwendige Beachtung findet, davon wissen wohl sämtliche Zentralkommissionen ein bewegtes Viechen zu singen und nicht in letzter Linie auch die der Stellmacher. Gar mancher glaubt noch immer, daß sich die Zentralkommission durch möglichst häufige und scharfe Auslassungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“, Flugblätter und direkte Zuschriften an die einzelnen Orte zu betätigen habe.

In mehrfachen Zuschriften an uns, endlich einmal tüchtig loszuhalten, trat dieser Gedanke deutlich zutage. Doch haben wir von demartigen rumorendem Tamtam absehen müssen und uns wie in den vorhergehenden Jahren so auch in dem vergangenen mehr eingehenden Feststellungen der Verhältnisse in den einzelnen Zweigen unseres Gewerbes gewidmet. Dieses birbtet uns zwar ein gewaltiges Stück Arbeit auf, die, weil sie nach dem gegenwärtigen Modus nur in sogenannten Feiertagen zu bewältigen ist, uns um so weniger Zeit erübrigt, alle 14 Tage zu zeigen, daß wir noch nicht den Gang alles Irdischen gewandelt sind.

In unserem vorjährigen Bericht hoben wir hervor, daß es uns gelang, von einer größeren Anzahl Waggonfabriken Akkordpreise zu erhalten, in einer 60 seitigen Broschüre übersichtlich zusammenzustellen und allen Interessenten zu übermitteln. In unserer letzten Tätigkeitsperiode nahmen wir zur Vervollständigung eines einheitlichen Vorgehens in den Waggonfabriken Anlaß, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Betriebe festzustellen und das Ergebnis an die Organisationsleitungen der in Frage kommenden Orte zu übermitteln. Die Tatsache, daß von den circa 6500 in der Waggonindustrie beschäftigten Holzarbeitern kaum 40 Prozent der Organisation angehörten, bestimmte uns, zur Aufklärung der uns noch fernstehenden Kollegen ein Flugblatt herauszugeben. Inwiefern dieses eine Wirkung ausübte, darüber ist uns bisher leider noch aus keinem Orte trotz unserer dringenden Bitte irgendwelche Mitteilung zugegangen.

Zur Belebung der allgemeinen Agitation unter unseren engeren Berufskollegen gelang es uns in diesem Jahre, eine Broschüre herauszugeben, die für unsere in der Agitation tätigen Kollegen bestimmt, in kurzen Zügen alles Agitationsmaterial in sich birgt, was irgendwie erfassbar war, um desto erfolgreicher die Agitationsarbeit betreiben zu können. Herausgestellt wurde diese Broschüre in einer Auflage von 2000 Exemplaren und an circa 400 Ortsverwaltungen versandt. Hoffentlich nützen die Kollegen allerorts dieses längst gewünschte Material in der ergiebigsten Weise aus. Bei dieser Gelegenheit müssen wir leider unser Bedauern über unsere Leipziger Kollegen aussprechen, die es so wenig verstanden, das ihnen Gebotene zu verwerten, indem sie laut Bericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 21. Dezember vorigen Jahres in ihrer Dezemberversammlung an dem Inhalt der Broschüre lediglich eine von falschen lokalen Rücksichten beherrschte Kritik übten. Es ist eine durch nichts zu rechtfertigende Torheit, wenn man die aufgeführten Ergebnisse der Lohnstatistik von 1906, die für Leipzig 27,80 Mt. Durchschnittsverdienst feststellte, als zu hoch anzeigelt; zumal diese Feststellungen auf den eigenen Angaben der Kollegen beruhen. Es ist ein großer Irrtum, wenn man die ermittelten Sätze als zu hoch findet, und sie als unsere ganze Bewegung schädigend bezeichnet. Aber unverzeihlich ist es, diese Bescheidenheit gar noch öffentlich zu Papier zu bringen. Gerade dadurch können uns bei späteren Lohnbewegungen am ehesten Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Glaubt man jedoch, daß unter Berücksichtigung einer anderen Feststellungsmethode ein anderes mehr der Wirklichkeit entsprechendes Bild über die Höhe des Verdienstes zutage gefördert wird, so sollte man demgemäß vorgehen und das ermittelte Resultat an uns einsenden oder in der Zeitung veröffentlichen. Damit wäre dem eigenen Dorn wie auch der Gesamtheit viel mehr gedient.

Im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit war die Zentralkommission bemüht, die Akkordpreise von Automobilfabriken und die hierbei erzielten Verdienste aus den einzelnen Orten zusammenzustellen. Dieses war jedoch schon bei der Anforderung des Materials mit großen Schwierigkeiten verbunden. Von 62 Orten, die nach unserer Meinung in Frage kommen, gelang es uns, aus 51 Antwort zu erhalten, teilweise nach monatelangem Warten und nachdem wir 66 Mahnungen versenden mußten. Brauchbares Material erhielten wir aus 40 Orten mit 79 Beriebere und 1124 beschäftigten Personen. Davon waren 422 Maschinenmacher, 604 Helfer und Rademacher, 70 Maschinenarbeiter und 28 Lehrlinge. Von den Organisationsfähigen gehörten dem Holzarbeiterverband 666 = 60,8 Prozenten, anderen Organisationen 98 = 8,5 Prozent. Unorganisierte wurden 887 gezählt = 80,7 Prozent. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in diesem Berufszweige wesentlich günstiger als in anderen. Reichlich zwei Drittel der dort tätigen Kollegen haben eine kürzere Arbeitszeit, als der Durchschnitt für ganz Deutschland beträgt, und der Durchschnittsverdienst beläuft sich in vielen Fällen bereits auf 80 und noch mehr Mark pro Woche. Es ist dieses eine noch vor wenigen Jahren kaum für durchführbar gehaltene Höhe, die nunmehr wohl jeden Gleichgültigen von der Erreichbarkeit besserer Verhältnisse in unserem Gewerbe durch das stetige Streben der Organisation überzeugen muß.

Von den durch Zeichnungen erläuterten Preisangaben ist eine solche Fülle von Material eingegangen, daß deren Verarbeitung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Unter den gegenwärtigen rapide zurückgegangenen Konjunkturverhältnissen in der Automobilindustrie mag auch wohl die sofortige Herausgabe der Sammlung von nicht so zwingender Notwendigkeit sein. Bei einem erneuten Aufstieg in diesem Industriezweig werden jedoch die Kollegen allerorts auf Grund unserer wohl in der Mitte dieses Jahres zur Versendung gelangenden Zusammenstellungen auf eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinarbeiten haben, um sich deren Vereinfachungen wesentlich zu nähern und die Preisdrückerei mehr und mehr zu befeitigen. Aber die allgemeinen Verhältnisse in der Automobilindustrie, wie

auch über die Verhältnisse in den Waggonfabriken werden wir noch in kürzerer Zeit in einigen Artikeln der „Holzarbeiter-Zeitung“ Aufklärung und damit Agitationsmaterial bringen.

Ziemlich umfangreich war auch im vorigen Jahre unsere Korrespondenz. Einem Eingang von 174 Postfächern steht ein Ausgang von 336 Briefen und Karten gegenüber, wobei die von Stuttgart aus versandten Flugblätter und Agitationsbroschüren nicht mit in Anrechnung gebracht sind. Leider muß auch dieser Bericht die alte Klage von der Schreibfaulheit mancher Kollegen wieder auffrischen. Von mehreren Lohnbewegungen, die im Jahre 1906 stattfanden, erhielten wir erst durch das gegen Ende 1907 herausgegebene Jahrbuch des Verbandes Auskunft. Es ist dringend notwendig, uns von dem Ausgang jeder Bewegung sofort in Kenntnis zu setzen, überhaupt von Zeit zu Zeit Situationsberichte an uns einzusenden, damit wir über alle Organisationsfragen im gesamten Gewerbe fortwährend auf dem laufenden bleiben, um in der ergiebigsten Weise für die Bessergestaltung der Erwerbsverhältnisse unserer Berufskollegen wirken zu können. Die Zentralkommission der Stellmacher.

J. A.: A. Siebel, Berlin SO 86, Manteuffelstraße 50.

Stimmen zum Verbandstag.

Nun ist es an der Zeit, daß die Kollegen alle ihre Wünsche vorbringen, ungeachtet dessen, ob sie für richtig befunden werden oder nicht. Denn dazu dienen ja unsere Mitgliederversammlungen, daß wir unsere Meinungen gegenseitig austauschen, um die Licht- und Schattenseiten unseres Verbandes zu besehen, um das Richtige zu finden. Ich möchte hiermit den § 39 des Statuts zur Diskussion stellen, betreffend die Unterstützung der ledigen Kollegen bei Streiks. Es ist wohl richtig, daß bei einem Streik die Kollegen soviel wie möglich den Ort verlassen. Aber müssen da gerade Zwangsmittel angewandt werden? Denn diejenigen, die dann nicht abreisen wollen, bringen es auch fertig, Streikbrecher zu werden oder sich dem Hirsch-Dunderfischen Gewerbeverein anzuschließen, wie es ja schon vorgekommen ist. Welche Ursachen liegen denn dem zugrunde? Ein junger Kollege kann mit 20 Jahren schon verheiratet sein, dagegen kann ein Kollege 50 Jahre alt und vielleicht schon 20 Jahre seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachgekommen sein, und ihm wird nach dem jetzigen Zustand keine Unterstützung gezahlt. Ist das nicht eine Ungerechtigkeit?

Wir müssen auch bedenken, daß sich die Verhältnisse seit der Zeit, wo der § 39 dem Statut eingefügt wurde, bedeutend geändert haben. Ich verweise nur auf die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber. Folglich wird auch der § 39 einer Änderung bedürftig sein. Ich überlasse es den Kollegen, diese angeschnittene Frage zu lösen.

Karl Schirdewahn-Flensburg.

Nur noch kurze Zeit trennt uns von dem Zusammen-treten unseres Verbandstags, wo zum Wohle unserer Kollegen Beratungen stattfinden. Wohl ist bei der gegenwärtigen Lage, in der wir uns zurzeit befinden, an einen weiteren Ausbau des Unterstützungswezens nicht zu denken, das ja ohnedies schon genug ausgebaut ist. Aber mit einem Antrag möchte ich mich doch an die Kollegen wenden: ob es nicht möglich wäre, alten Kollegen etwas zu schaffen, und zwar Kollegen, welche 20 Jahre ununterbrochen ihre Beiträge geleistet und das 50. Lebensjahr erreicht haben, beitragsfrei und in ihren vollen Rechten zu lassen. Ich glaube, dadurch würde, wenn die Kollegen auf ihr Alter, wenn sie nicht mehr in der Lage sind oder wenn es ihnen schwer fällt, den hohen oder noch höher werdenden Beitrag zu zahlen, die Zukunft nicht so groß werden, wie sie jetzt besteht, und daß dann die Mehrzahl der Kollegen suchten, dieses Ziel zu erreichen. Dieser Antrag ist nicht mehr neu. Ich habe ihn schon vor dem letzten Verbandstag gestellt, aber nur vereinzelt Unterstützung damit gefunden. Ich möchte daher die Kollegen ersuchen, diesmal in ihren Zahlstellen reger über diesen Antrag zu handeln und ihre Delegationen auf diesen aufmerksam zu machen. Denn nur durch einen Antrag eines Mitgliedes geschaffen wird. Ich glaube, wenn ein junger Organisations, wie die Facharbeiter, es tun kann, können wir Holzarbeiter es erst recht. Ich hatte diesen Antrag auch unseren Delegierten zum Gantag zur Vertretung mitgegeben, dieselben hatten ihn begründet, aber dort wurde gesagt, dieser Antrag wäre nicht zu unterstützen möglich, da die älteren Kollegen bei Streiks mehr kosten als die jüngeren, sie würden zuerst aus den Werkstätten herausgezogen und zuletzt eingestellt. Das letztere mag wohl richtig sein, denn die Mehrzahl der Arbeitgeber ist immer frag, wenn sie die abgearbeiteten Kollegen los ist und jüngere dafür einstellen kann. Dafür kann doch aber meines Erachtens der ältere Kollege nicht. Wenn er zuerst aus der Werkstatt herausgeht, so tut er es doch im Interesse der Gesamtheit. Das ist doch noch lange kein Grund, diese Kollegen, wenn sie 20 Jahre ihren Verpflichtungen nachgekommen und ihnen das Beitragszahlen schwer fällt, ihrer Rechte verlustig gehen zu lassen. Es hat auch ältere Kollegen, die vom Verband noch nicht erhalten haben; ich gehöre 19 Jahre dem Verband an und habe noch keinen Pfennig gebraucht, und solche Kollegen wird es noch viele geben. Darum sollten wir doch unseren Kollegen, wenn sie 20 Jahre ihren Verpflichtungen nachgekommen und das 50. Lebensjahr überschritten haben, die wenigen Rechte, die sie eventuell noch beanspruchen können, belassen. Darum, Kollegen, richte ich nochmals die Bitte an euch, prüfet meinen Antrag und tretet dafür ein, daß die älteren Kollegen, die meinem Antrag entsprechen, ihre Rechte behalten. Das könnte der Organisation nur zum Nutzen gereichen.

A. Wilde-Scheidnich.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Das Reichsamt des Innern ist eine Behörde, zu deren Ressort die verschiedenartigsten Dinge gehören. Das zeigte sich wieder in der mehrtägigen Debatte, die bei der zweiten Lesung des Etats um das Gehalt des Staatssekretärs gepflogen wurde. Dieser Staatsposten bietet Gelegenheit zu einer Art Generaldebatte über all die Einrichtungen, welche

dem Reichsamt des Innern unterstehen. Erklärlicherweise spielt hierbei die Sozialpolitik eine sehr hervorragende Rolle. Unter der Menge der Fragen, die mehr oder weniger eingehend erörtert wurden, verdient besonders der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern der Erwähnung, der zwar nicht formell auf der Tagesordnung stand, zu welchem sich aber, als einer der bedeutendsten Vorlagen aus dem Reichsamt des Innern, die Redner der verschiedensten Parteien äußerten, nachdem der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die Gedanken zum besten gegeben hatte, von welchen er sich bei der Ausarbeitung des Entwurfs hatte leiten lassen. Sehr komisch waren dabei die Gründe, welche der Staatssekretär für den Modus der Wahl der Arbeitervertreter zu den Arbeitskammern ins Feld führte. Der Wahlmodus hätte nicht geschickter ausgeübelt werden können, wenn man sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt hätte, wirkliche Arbeitervertreter aus diesen Körperschaften fernzuhalten. Die Arbeitskammervorlage wurde übrigens nicht nur von den Sozialdemokraten gebührend kritisiert, unter anderen hielt auch der bekannte nationalsoziale Pfarrer Naumann, der als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung dem Reichstag angehört, eine sehr beachtliche Rede gegen den Gesetzentwurf. Bei allem Wert, den Naumanns Rede besitzt, wenn man sie für sich betrachtet, verlieren sie doch an Bedeutung im Hinblick auf die Tatsache, daß Naumann ein Mitglied des konservativ-liberalen Blocks ist, welcher die Verantwortung für den reaktionären Kurs trägt, den das Reichsamt zurzeit feuert. Was nützen alle Deklamationen über Volksrechte usw., wenn man schließlich aus Liebe zum Block diese Rechte mit Füßen tritt.

Um mit seinen Arbeiten schneller zum Ziele zu gelangen, arbeitet der Reichstag in Doppelschichten; nach Erledigung des Tagespensums werden noch Abendstunden abgehalten, die sich öfters weit in die Nacht hinein erstrecken. Dem Gehalt der gesetzgeberischen Arbeiten gereicht diese Methode nicht zum Vorteil, doch haben die Abgeordneten dabei den Nutzen, daß sie ihre Diäten um so schneller verdienen. Ofters, als es sonst üblich war, werden jetzt Schlussanträge gestellt und angenommen, und gerade bei diesen Gelegenheiten bewährt sich die unentwegte Blocktreue der Freisinnigen, die sich in inniger Freundschaft mit den Konservativen bemühen, unbequemen Oppositionsrednern das Wort abzuschneiden.

Mehr und mehr gehen die Parteien dazu über, ihre Wünsche in bezug auf die Gestaltung der Gesetzgebung in Form von Resolutionen niederzulegen, in welchen die Regierung aufgefordert wird, bestimmte Gesetzentwürfe vorzulegen oder Verordnungen zu erlassen. So lagen zum Etat des Reichsamtes des Innern nicht weniger als 24 Resolutionen vor, von welchen eine größere Zahl angenommen wurde. Der Hauptwert der Resolutionen liegt darin, daß bei der Abstimmung festgestellt wird, wie sich die einzelnen Parteien zu den betreffenden Fragen stellen. Es steht aber der Regierung durchaus frei, ob und wann sie den angenommenen Resolutionen Folge leisten will, und so haben diese schließlich einen recht geringen praktischen Wert.

Unsere herrliche Finanzwirtschaft hat zur Folge, daß trotz der schweren Lasten, die der arbeitenden Bevölkerung auferlegt werden, zur Erfüllung von Kulturaufgaben kein Geld vorhanden ist. Der Reichschatzsekretär v. Stengel ist zurückgetreten angesichts der Unmöglichkeit, das Loch im Reichsfiskus zu stopfen, und ob sein Nachfolger Sydow mehr Glück auf der Steuerfuche haben wird, bleibt abzuwarten. Infolge der schlechten Finanzlage hat man die während des letzten Wahlkampfes den Beamten versprochene Aufbesserung ihrer Bezüge bisher zurückgestellt; aber jetzt haben die Beamten zum preussischen Landtag und da legen die bürgerlichen Parteien nicht ohne Grund den Beamten ein freundschaftliches Herz zu entfallen. Nicht weniger als vier Interpellationen wurden deshalb im Reichstag eingebracht, welche alle nach dem Zeitpunkt der Einbringung der Beamtenvorlage fragten. Alle Parteien flossen über von Liebe zu den Beamten, und nicht minder groß ist das vom neuen Staatssekretär Sydow betonte Wohlwollen, welches die Regierung den Beamten entgegenbringt, — aber vorläufig ist kein Geld da. Und so müssen sich denn die Beamten mit den platonischen Liebeserklärungen zufriedengeben. Die Hauptsache ist, daß sie bei den Wahlen im Sinne der Regierung ihre Pflicht tun, und dann — können sie weiter warten.

Ein merkwürdiges Zwischenpiel ereignete sich am 19. März im Reichstag. Bei der Beratung des Kolonialetats hielt der Zentrumsabgeordnete Gröber eine Rede, in welcher er pathetisch von der unsterblichen Seele der Neger redete. Diese Floskel erregte Heiterkeit, worüber man sich im Zentrum sehr aufregte. Besonders entrüstete sich der Abgeordnete Gröber darüber, daß auch auf der Journalistentribüne gelacht worden sei, und er sprach von den „Saubengels“ da droben. Das empfanden die Journalisten ihrerseits mit Recht als eine Beleidigung, und da ihnen keine ausreichende Genugtuung gegeben wurde, traten sie in den Streik ein. Es muß lobend anerkannt werden, daß sich die Journalisten aller Parteien solidarisch an der Arbeitseinstellung beteiligten, so daß über die Reichstagsitzung am 20. März keine Berichte in die Presse gelangten. Nur das Preszbureau des Zentrums ließ sich von der Parteileitung zu Streikbrecherdiensten nötigen. Auf den Gang des Streiks wird dieses Verhalten übrigens keinen Einfluß ausüben, um so weniger, als sich sogar die Regierungsorgane wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und das Wolffsche Telegraphenbureau an der Arbeitseinstellung beteiligten. Die Differenzen dürften wohl in kürzester Frist beigelegt sein, sie werden aber zweifellos den Erfolg haben, daß die Bedeutung der Presse auch gewissen Kreisen zum Bewußtsein kommt, die sich dieser Einsicht bisher verschlossen haben.

Der fünfte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet vom 22. bis 24. Juni in Eisenach statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Das Bank- und Kassenwesen der Konsumvereine (Referent Ernst Scherling-Hamburg), Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes (Referent A. v. Elm-Hamburg), Die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art (Referent Dr. Reinhold Niehm-Wiesbaden).

Ueber die Verminderung der Tuberkulosesterblichkeit in Preußen hielt kürzlich in der Medizinischen Gesellschaft in Berlin Geheimrat Bernhard Fraenkel einen Vortrag. Als unbestreitbare Tatsache geht nach dem Redner aus den amtlichen statistischen Berichten hervor, daß sowohl die Gesamtsterblichkeit als auch die Tuberkulosesterblichkeit in Preußen während des gedachten Zeitraums in entschiedener Abnahme sich befindet. Von 1875 bis 1881 hält sie sich nahezu auf einer konstanten Höhe. Von da an jedoch macht sich eine Tendenz zu fallen bemerkbar. Sie sinkt dann rapid herunter bis zum Jahre 1900 und darüber hinaus. Während in den ersten Jahren des gedachten Zeitraums auf je 10 000 Lebende etwa 268 bis 249 Todesfälle kamen, beträgt die Ziffer gegenwärtig 198, 199, 197 und im Jahre 1900 sogar nur 180. Die Sterblichkeitsziffer bei der Tuberkulose ist in dem gedachten Zeitraum von 32,5 auf je 10 000 Lebende heruntergegangen auf 17,25. Diese günstige Erscheinung ist nach dem Vortragenden, einer Autorität auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung, auf den Fortschritt sowohl der ärztlichen Wissenschaft wie der Volkshygiene zurückzuführen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrags erteilt, und zwar ab 1. April: Donaueschingen 5 Pf., Neu-Isenburg 80 Pf., Eriberg 5 Pf.

Die Kandidatenlisten für die Wahlen zum Verbandstag und dem Gewerkschaftskongress sind letzte Woche zum Versand gekommen; sollte die Sendung in einer Zahlstelle nicht eingetroffen sein, dann ersuchen wir um baldige Mitteilung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 87033 Paul Niese, Tischler, geb. 18. 12. 74 zu Sauban.
- 161922 J. Feiler, Tischler, geb. 11. 11. 85 zu Altwasser.
- 184655 Bernhard Heinemann, Tischl., geb. 18. 3. 78 zu Heuthe.
- 209478 Albert Maß, Tischler, geb. 18. 4. 87 zu Grabarhölze.
- 216886 Paul Gieswein, Bildhauer, geb. 5. 12. 87 zu Fürth.
- 243989 Jakob Decker, Stuhlbauer, geb. 22. 9. 79 zu Sulzbach.
- 279562 Otto Feine, Tischler, geb. 26. 11. 83 zu Wittenberge.
- 300621 Hans Koschnick, Tischl., geb. 22. 6. 79 zu Sminemünde.
- 328522 Georg Schabus, Tischler, geb. 28. 10. 84 zu Guggenberg.
- 332300 Albert Anders, Tischler, geb. 12. 2. 89 zu Parchim.
- 341339 Jof. Wagne, Korbschneider, geb. 26. 9. 63 zu Savardaz.
- 365884 Karl Rudolf, Tischler, geb. 4. 2. 90 zu Sellnig.
- 399291 Margarete Mostert, Verziererin, geb. 4. 12. 80 zu Eöln.
- 405973 Konr. Gendrum, Polierer, geb. 14. 12. 78 zu Breitenbach.
- 429650 Franz Heller, Tischler, geb. 19. 9. 64 zu Elberfeld.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Amun bei Witten a. d. Ruhr. In einer gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung am 14. März referierte Kollege Peichert aus Düsseldorf über das Thema: „Die Einwirkungen der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen“. In der Diskussion wurden die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte, besonders in der Maschinenfabrik von Roth & Co. einer Besprechung unterzogen. Die an die erschienenen Indifferenten ergangene Aufforderung, sich dem Holzarbeiterverband anzuschließen, schien dem anwesenden Möbelabrikanten Wahle doch über die Hutchnur zu gehen. Er meldete sich zum Wort und versuchte für die so bedrohten Fabrikanten eine Lanze zu brechen; besonders schimpfte er über die jungen Kollegen, die viel Geld verdienen wollen und vom Arbeiten auch gar nichts verstehen. In seinem Schlusswort rückte der Referent die Ausführungen des Herrn Wahle ins richtige Licht, und zwar so, daß Herr Wahle wie ein begossener Pudel von dannen zog. Kollegen, mit dem Verlaufe dieser Versammlung können wir zufrieden sein, beherzigt die Worte des Referenten, werbe jeder neue Mitglieder für unseren Verband, dann wird es auch hier bald möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Bromberg. Wie überall, so macht sich auch hier die schlechte Konjunktur sehr bemerkbar. Ganz besonders ist es die Firma B. Böhm, welche die früher betriebene Wautschlerei seit Herbst vorigen Jahres in eine Küchenmöbel-fabrik umgewandelt hat, die sich im Schitankieren der Arbeiter hervorhob. Beschäftigt werden in diesem Musterbetrieb etwa 17 Kollegen. Die Preise sind für Küchenmöbel 5 Mk. und etwas höher angelegt. Dabei hat jedoch niemand maschinenfertiges Holz zu erwarten; nur das Holz, was sich die Kollegen zur Maschine tragen und wieder holen, bekommen sie auch gemacht, und darauf muß oft noch tagelang gewartet werden. Der Verdienst ist dann auch danach. So kommt es fast jede Woche vor, daß sonst tüchtige Kollegen mit 12, 8, 6 und sogar mit 3 Mk. nach Hause gehen. Als mehrere Kollegen an Herrn Böhm herantraten und um wenigstens einen Tarif baten, denn die Firma zahlt dem einen Kollegen 5,50 Mk., dem anderen 5 Mk. für dieselbe Arbeit, je nachdem es sich tun läßt, wurde ihnen geantwortet: „Wem's nicht paßt, kann gehen, ich verhandle mit Ihnen überhaupt nicht, sehen Sie nur zu, daß Sie nicht noch an die frische Luft fliegen.“ Darum, Bromberger Kollegen, haltet mehr und fester zusammen, besucht regelmäßig die Versammlungen und seid tüchtig auf dem Posten, dann werden auch solche Verhältnisse nicht Platz greifen. Vor allem aber möchten wir bitten, die Werkstatt Böhm nicht zu überlaufen.

Böhme. Ginein in den Verband! wollen wir jedem unorganisierten Arbeiter zurufen und ihm begreiflich machen, daß nur durch Einigkeit etwas zu erreichen ist. Dieses haben auch die Kollegen bei Tischlermeister Ringelmann erfahren. Diese hatten beschlossen, an ihren Arbeitgeber mit einer Lohnforderung heranzutreten. Ihre Wünsche hatten sie dem Arbeitgeber schon brieflich mitgeteilt und ihm eine Bedenkzeit von einer Woche gelassen. Am 1. März fand nun die mündliche Verhandlung statt. Bewilligt wurde den Kollegen folgendes: Der Lohn wurde von 32 auf 35 Pf. die Stunde erhöht und soll bei günstiger Geschäftskonjunktur noch auf 37 Pf. erhöht werden. Ebenfalls wurde für Überstunden 5 Pf. und Nacht- und Sonntagsarbeit 10 Pf. die Stunde mehr bewilligt. Auf einen schriftlichen Vertrag wollte sich der Herr noch nicht einlassen, hoffentlich wird er sich später einmal bereit dazu finden. Nur durch das feste Zusammenhalten haben sie diese Verbesserungen erzielt. Kollegen, wollt ihr euch bessere Verhältnisse verschaffen, so tretet ein in die Reihen der kämpfenden Arbeitskollegen. Tretet ein Mann für Mann in den Deutschen Holzarbeiterverband, und nur dann läßt sich etwas erreichen.

Dippoldiswalde. Wie alljährlich, so wurden auch dieses Jahr wieder eine Anzahl Arbeiter von der Firma Böhme & Co. Akt.-Ges. entlassen, und zwar wie die Firma vorgibt wegen Arbeitsmangel. Wir haben aber alle Ursache, dies letztere zu bezweifeln. Wie aus dem Geschäftsbericht der Firma ersichtlich war, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 4 Prozent Dividende ausgezahlt, während in den Vorjahren 8 Prozent ausgezahlt wurden. Um nun das Gewinnergebnis günstiger zu gestalten, wurde vom Direktorium beschlossen, Akkord einzuführen, obwohl unser Vertrag bis 1. Oktober 1908 läuft. Seit zwei Wochen arbeitet bereits eine größere Anzahl Arbeiter im Akkord, und zwar in einer Weise, daß man sagen muß, es wird nicht gearbeitet, sondern gewürgt. Der herausgegebene Akkordtarif sieht stellenweise so aus, als sollten die Aktionäre eine Dividende von 15 bis 20 Prozent zu schlucken bekommen. Wie sachmännisch dieser Tarif ausgearbeitet worden ist, mag folgendes illustrieren, während man bei einem Artikel mit Beichtigtheit 10 Mk. pro Tag verdienen konnte (wohlerbunden konnte, denn jetzt ist der Preis bereits reduziert worden), hat man einen anderen Artikel mit 4 Mk. angelegt, an welchem früher ein Arbeiter 8 1/2 Tag zu arbeiten hatte. Während man den zu hoch gestellten Preis herabsetzt, will man die viel zu niedrig angelegten Preise nicht erhöhen. Es soll vielmehr ein Ausgleich dadurch herbeigeführt werden, daß der mit folchem miserablen Akkord bedachte Arbeiter nach Fertigstellung desselben eine weniger schlechte Arbeit erhält, so daß er am Sonntag mit seinem früheren Wochenlohn oder auch noch darunter nach Hause gehen muß, und das für eine fünfzigprozentige Mehrleistung in der Arbeit. Trotzdem wir die Sache friedlich regeln wollten, lehnte es Herr Böhme strikte ab, mit dem Arbeiterausschuß oder einer geplanten Tarifkommission zu verhandeln, es soll vielmehr jeder Arbeiter einzeln seine Wünsche vortragen. Was dabei herauspringt, wissen wir schon vorher, denn wenn es nicht paßt, der kann gehen. Der Arbeiterausschuß scheint nach der Meinung des Herrn Böhme nur dazu gewählt zu sein, um ihn manchmal gehörig anschauen zu können, sind doch sämtliche Vorstände vom Ausschuß schon Lump, Schuft, Lügner, Heher und dergleichen mehr genannt worden. Kollegen von Dippoldiswalde, wollen wir andere Zustände herbeiführen, müssen wir anders handeln. Vor allen Dingen dürfen wir nicht darauf los würgen, um bei den schlechten Preisen noch 2 bis 3 Mk. herauszuschinden. Wir sind gegen jede Faulenzerei, aber dieses Würgen würde in einem halben Jahre unsere Gesundheit zerrüttet haben. Durch die in 14 Tagen zu verzeichnende Arbeitsmehrleistung werden wohl die entlassenen Kollegen überflüssig geworden sein. Kollegen, alle auf die Schanzen.

Dresden. (Modellischer.) In unserer am 15. März tagenden Versammlung referierte Genosse R. Gröblich über den Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates. Er verstand es in vortrefflicher Weise, die Zuhörer zu fesseln. Der allseitige Beifall an Schluß kam, daß die Versammlung mit jenem Uebereinstimmen zufrieden waren. Die Sprechweise ist jetzt neuer Zeit gemäß, jede unserer Versammlungen mit einem interessanten Vortrag auszustatten. Sie hofft dadurch die Säumnigen leichter heranzuziehen. Die Kollegen können nicht genug ermahnt werden, unsere Versammlungen zahlreicher zu besuchen. In der letzten Versammlung wurde auch über die Verstöße zweier Kollegen debattiert. Die Zeitung wurde schließlich beauftragt, die Sache näher zu prüfen und im gegebenen Falle den Ausschluß zu veranlassen. — Auch unser Arbeitsnachweis muß in Zukunft besser benutzt und respektiert werden.

Elrich a. S. Die Firma Brinck & Co., Fabrik für Planbestandteile, scheint die schlechte Konjunktur bemerken zu wollen, um mit aller Macht die Akkordarbeit einzuführen. Im besonderen tut sich der Werkführer Schilling im Festsetzen der Akkordlöhne hervor. Masten zum Beispiel, die sonst im Lohn auf circa 7 Mk. das Stück gekommen sind, sollen jetzt den Kollegen für ganze 3 Mk. förmlich aufgezwungen werden. Ein Kollege, der nicht für diesen Schundlohn arbeiten wollte, ist kurzerhand entlassen worden. Derartige Fälle können nur eine ganze Reihe angeführt werden, aber vorstehendes möge vorläufig genügen, den Kollegen an allen Orten die Augen zu öffnen. Den hiesigen Kollegen rufen wir aber zu: Tretet Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband bei, dann wird es auch hier möglich sein, unseren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen.

Hamburg. (Korzarbeiter.) In der am 17. März abgehaltenen Versammlung der Korzarbeiter schilderte der Sektionsführer zunächst die gegenwärtige Situation hier am Orte und die hierdurch geschaffene Notwendigkeit, mehr wie bisher den Verband zu stärken. Sodann machte derselbe auf die am 24. März stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung und die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag aufmerksam und verlas die zum Verbandstag gestellten Anträge der Hamburger Zahlstelle. Hieraus wurde in die Beratungen für die nun bewilligte Konferenz eingetreten. Nach einer längeren Diskussion einigte man sich dahin, folgende Punkte zur Tagesordnung vorzuschlagen: 1. Referat über die allgemeinen Verhältnisse in der Korbranche (durch einen BerufsKollegen). 2. Bericht der Delegierten (Böhme, Arbeitszeit und wirtschaftliche Verhältnisse der Kollegen). 3. Schaffung einer Zentralkommission. 4. Herausgabe eines

Flugblattes oder einer Agitationsbrochüre. Als Ort der Tagung wurde Delmenhorst in Vorschlag gebracht mit nachstehender Begründung: Erstens sind in Delmenhorst und Umgegend wohl die größte Anzahl Korzarbeiter beschäftigt und organisiert, und kann hier die Konferenz schon durch die Tagung ausregend wirken. Vielleicht ist es dann auch möglich, mit Lohne und Bechtsfrühling zu bekommen. Als Zeitpunkt der Tagung der Konferenz wurde Pfingsten in Aussicht genommen. Im allgemeinen war die Ansicht der Kollegen über die Konferenz folgende, daß dieselbe hauptsächlich dazu dienen solle, Hauptvorstand sowie allen anderen Verbandsfunktionären Material über die Lage der Korzarbeiter zu liefern, hierzu wäre die Bildung einer Zentralkommission durchaus notwendig, damit auch bei unseren Kollegen die Agitation intensiver gestaltet würde.

Jugoldstadt. Vor kurzer Zeit berichteten wir in der „Holzarbeiter-Zeitung“ über die Gründung eines Arbeitergeschäftsverbandes für das Holzgewerbe am hiesigen Orte. Dieses Vorgehen der Unternehmer scheint die hiesigen Kollegen veranlaßt zu haben, sich mehr um ihre Interessen zu kümmern. Unsere letzte Mitgliederversammlung hatte nämlich erfreulicherweise einen stärkeren Besuch aufzuweisen als die vorhergehenden. Aber noch nicht alle waren anwesend. Es sei deshalb den Kollegen ans Herz gelegt, daß jeder erscheine, denn je mehr sich einfinden, desto interessanter gestalten sich die Versammlungen. Die Verhältnisse in den Werkstätten lassen viel zu wünschen übrig. Wir wollen heute nur Herrn Ladenburger nennen. Sein Betrieb ist ein wahrer Laubenschlag. Fängt dort ein Kollege zu schaffen an, so weist Herr Ladenburger ihm ein Werkzeug an, bei welchem man schon einen halben Tag braucht, um es einigermaßen instand zu setzen. Dann beginnt die Antreiberzeit in solch horrender Weise, daß einem alle Luft vergehen muß. Dabei gebraucht Herr Ladenburger nicht gerade die freundlichsten Worte. Mit der Arbeitszeit nimmt es Herr Ladenburger ebenfalls nicht sehr genau; er weiß es immer so einzurichten, daß vor Arbeitschluß fast täglich dringende Arbeit vorhanden ist. So mutet er seinen Arbeitern zu, einige Minuten vor Arbeitschluß eine Menge Holz zu verleimen, wozu aber manchmal noch eine Stunde Zeit nötig wäre. Auf ein paar Minuten soll es da den Kollegen nach 6 Uhr nicht antommen. Nicht ausdrücklich verlangte Überstunden werden aber nicht bezahlt. Gesallen einem Kollegen diese Zustände nicht, so wird mit Sinauswerfen und dergleichen gedroht, was meistens unnützlich ist, denn jeder vernünftige Kollege verläßt mindestens nach zwei bis drei Tagen diese Hude selbst. An die Kollegen aber ergeht der Ruf, erscheint alle in der nächsten Mitgliederversammlung und bringt eure Nebenkollegen mit, die noch nicht organisiert sind. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, weshalb es Pflicht eines jeden Kollegen ist, zu erscheinen.

Lüdenscheid. Recht eigenartige Verhältnisse bestehen noch in unserer Stadt. Obwohl schon seit Jahren die Sozialverwaltung und die organisierten Kollegen überhaupt bestrebt sind, alle BerufsKollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und dadurch zugleich auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, scheiterte diese Tätigkeit immer wieder an der Gleichgültigkeit und Laubheit der uns fernstehenden Kollegen. Alle die bekannten Ausreden müssen auch hier dazu herhalten, um Gründe für das Fernbleiben anzuführen zu können. Daß diese Uneinigkeit und dieser Indifferentismus aber nur zum eigenen Schaden aller Kollegen vom Unternehmer ausgenützt wird, sollten durch die vielen Einzelfälle diese Kollegen denn doch bald eingesehen haben. Recht drastische Fälle liegen wieder aus der letzten Zeit vor. Einige zugereifte Kollegen sollten sich mit einem Lohn von 80 Pf. pro Stunde zufrieden geben. Daß sie deshalb dieser Wertstelle den Rücken kehrten, haben sie wohl nicht zu bereuen gehabt, denn einer von ihnen bekam in einer anderen Werkstelle gleich 18 Pf. pro Stunde mehr. Ein anderer Unternehmer sagte lechthin zu drei, allerdings unorganisierten Kollegen: „Sch will euch noch lehren, trockenes Brot zu essen.“ Ob der Unternehmer diese Kollegen etwa nur aufheben wollte, damit sie sich dem Verbands ebenfalls anschließen, oder ob er damit sagen wollte, daß alle Kollegen von der geplanten Aussperrung im Bau-gewerbe betroffen würden, und dann durch den Hunger gezwungen die Bedingungen der Unternehmer ohne weiteres anerkennen müßten, ist leider nicht verstanden worden. Aus diesen Vorkommnissen kann jeder denkende Kollege ohne viel Kopferbrechen erkennen, daß die Organisation auch in Lüdenscheid durchaus nicht überflüssig ist. Den zureisenden Kollegen empfehlen wir, sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, ehe sie Arbeit annehmen.

Mühlendorf a. Inn. Der bekannte Schreiner Joseph Woda der Möbelfabrik von Kempf & Geiger hat kürzlich den Schauplatz seiner Tätigkeit verlassen. Seit vielen Jahren bemühte sich dieser Mann, bei jedem Streik den Hausmeister für die Firma und den Zutreiber und Beschützer von Arbeitswilligen zu machen. Angeblich hat er sich nach Stationen gewendet. Hunderte ehrlicher Kämpfer für die Interessen der Holzarbeiter dürften diesem „Helden“ eine glückliche Reise auf Nimmerwiedersehen wünschen. Auch die übrigen Arbeitswilligen sind nun wieder an die Reihe gekommen, den wohlverdienten Lohn einzuhändigen, unter anderem wurde jüngst der Arbeitswillige Maler Prühoda vom Schreinermeister ordentlich mit Prügeln traktiert für seine trefflichen Leistungen bei der Arbeit. Siner nach dem anderen bekommt so den Dank vom Hause Kempf & Geiger für die geleisteten Verräterdienste recht deutlich zu fühlen. Eine gute Mahnung an alle die, welche bisher glaubten, durch Arbeiterverrat eine gesicherte Position beim Unternehmer zu erwerben.

Münster. In unserer Mitgliederversammlung am 14. März hielt Kollege Weise einen Vortrag über Entstehung des Handwerks und die Städtebildung in Deutschland. Leider ist es zu bedauern, daß viele Mitglieder den Versammlungen fernbleiben. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, die Versammlungen, welche jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat stattfinden, zu besuchen. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Sonnabend den 28. März statt. Das. In unserer Mitgliederversammlung am 11. März wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Klop gelehrt. Wobann gab Kollege Kapp aus Baden-Wäden in ausführlicher Weise den Bericht vom Gantag in Stuttgart. Eine interessante Diskussion knüpfte sich an den Antrag betreffend die Einverleibung der kleineren Zahlstellen. — Die

Kollegen der Zahlstelle Dos seien hierbei an ihre Pflicht erinnert, die Versammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen und neue Mitglieder zu werben, damit unsere Zahlstelle mindestens die Mitgliederzahl wieder erreicht, die sie früher bereits besessen hat.

Schaubau. Während die Januarversammlung noch halbwegs gut besucht war, ließ die Versammlung im Februar vieles zu wünschen übrig, zwei Drittel der Mitglieder fehlten. Immer sind es die alten Gesichter, die man sieht, und es ist tatsächlich kein Wunder, wenn die Verwaltung alle Lust zur Arbeit verliert. Viele haben, wie es scheint, vergessen, daß unsere Versammlungen regelmäßig jeden letzten Sonntagabend im Monat stattfinden. Allen denen, die immer mit Abwesenheit glänzen, zur Nachricht, daß an Stelle des von seinem Kassierposten zurückgetretenen Kollegen Köhler der Kollege Paul Richter, Sebnitzerstr. 106, gewählt worden ist. Ersterer wurde als Kandidat für die Wahl zum Verbandstag aufgestellt. Also aufgewacht, Kollegen, Sorge ein jeder für regen Besuch der Versammlungen und trage dazu bei, unsere Zahlstelle zu fördern. Bringt Indifferente mit, laßt persönlichen Zwist beiseite in Anbetracht unserer hohen Ziele und seid eingedenk der Mahnung, die uns unser Kollege Karl Klop in seiner letzten Rede hinterlassen: „Auf die Schanzen, solange das Leben noch pulst!“

Stendal. Unsere letzte Mitgliederversammlung war, wie alle bisherigen Versammlungen, sehr schlecht besucht. Trotzdem die Mitglieder, wie immer, durch Handzettel dazu eingeladen waren und die Tagesordnung eine sehr wichtige war — Vortrag über „Die antike und moderne Sklaverei“ und Bericht von der Gautionferenz — hatten es die meisten Kollegen vorgezogen, der Versammlung fern zu bleiben. Kollegen, das muß in Zukunft anders werden, es kann doch jeder alle vier Wochen in der Versammlung erscheinen, noch dazu, wenn ein Vortrag auf der Tagesordnung steht. Was macht das für einen Eindruck, wenn der Referent vor einem kleinen Häuflein spricht wie in der letzten Versammlung. Also etwas mehr Interesse, ihr Stendaler Kollegen, und erscheint in nächster Versammlung.

Stettin. (Korbmacher.) In einer am 16. März abgehaltenen Branchenversammlung wurde das Gebaren der Zentralkommission auf das entschiedenste gemißbilligt. Doch vor vier Wochen erhielten wir eine Zuschrift von derselben, daß wir bei etwaiger Unterfertigung von Gesuchpässen (Drillingen) unter allen Umständen den Lohn von 3,50 Mk. hochzuhalten hätten, und jetzt beschließt dieselbe Kommission im Verein mit den Unternehmern verschiedener Orte, die Körbe für 3 Mk. herzustellen, und zwar wieder, wie bei der vorigen Konferenz, ohne die Kollegen der in Frage kommenden Orte in Kenntnis zu setzen. Wir verstehen ein derartiges Verfahren nicht, wie man über unsere Köpfe hinweg einen Lohn festlegen kann, mit dem wir uns entschieden nicht einverstanden erklären können, und zwar ohne denselben zu begründen. Die Versammlung beschloß einstimmig, keinen Korb unter dem festgesetzten Lohn von 3,50 Mk. herzustellen, und erhebt gegen den eigenmächtigen Beschluß der Zentralkommission entschieden Protest.

Tetrow. Auch unsere Zahlstelle muß nach längerer Pause einmal wieder den Raum der Zeitung in Anspruch nehmen, um die Kollegen auf den Drechsler Menzel aufmerksam zu machen. Der Betreffende scheint das Bedürfnis zu haben, die „väterliche Zucht“ gegenüber seinen Gesellen, welche mittäpflichtig sind, auszuüben. Am 12. März war hier Aushebung, und mußten die dort beschäftigten Kollegen auch hin. Daß nun bei derartigen Anlässen manchmal zuviel getrunken wird und die jungen Leute „ausgelassener“ sind, was dem Bruder des Menzel, der bei ihm arbeitet, ebenfalls passierte, läßt sich entschuldigen. Entschuldigt kann aber nicht werden, daß, als der Kollege am Hause vorbei ging, sein Bruder, der Arbeitgeber, ihn beim Genick faßte und nach dem Hausflur hineinzog, die Haustür hinter sich zuschloß und unserem Kollegen eine körperliche Züchtigung erteilt werden ließ. Daß er seinen Arbeitern verbietet, die Parteipresse zu lesen, mag nur nebenbei gesagt sein. Kollegen, die keine Lust zu derartigen Züchtigungen verspüren, meiden wohl besser diese Werkstätte.

Wurzen. Am 14. März hielten die Holzarbeiter von Wurzen eine öffentliche Holzarbeiterversammlung ab, welche gut besucht war. Als Referent war der Gauvorsitzer Aug. Zielemann aus Chemnitz erschienen, welcher in eingehendster Weise die Lage der Holzarbeiter schilderte, wobei er jene Betriebe am Orte hauptsächlich hervorhob, wo noch Stundenlöhne der Tischler von 22 bis 25 Pf. und bei den Maschinenarbeitern von 22 bis 28 Pf. bestehen. Bei Akkordarbeitern beträgt der Durchschnittslohn 12,50 bis 22 Mk. Wie ist es möglich, daß ein verheirateter wie lediger Kollege mit solchen Löhnen auskommt! In der Diskussion wurden noch verschiedene Mißstände aus kleineren Werkstätten vorgebracht, so daß sich in einer Werkstätte die Kollegen als Handlanger (zum Schuttaufladen) gebrauchen und sich mit Ausdrücken wie „Wagabund“, „Laufrunde“, „Schweinehund“ und anderen mehr bezeichnen lassen. In einigen Werkstätten wird noch 11 Stunden gearbeitet, für Überstunden und Sonntagsarbeit gibt es auch keinen Zuschlag. Mit einem Appell, der Organisation beizutreten, damit wir auch in Wurzen einmal bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen, wurde die Versammlung geschlossen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugang!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dannenberg a. Elbe (M. Zientz), Reichenhausen, Schwedt a. Ober, Straubing, Viel, Bern, Luzern und Büding in der Schweiz;
- Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;
- Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebscher);
- Storbmachern nach Grimma i. Sachsen, Lübeck (Möhler), Kopenhagen;

Baumstammern nach Belzig (Menzel), Wittstock (Falkenthal);
Werftarbeitern nach Lauenburg a. Elbe;
Sägern nach Kirchseeon in Oberbayern (DeLooges) und Straubing.
Orgelbauern, Drechslern und Bildhauern nach Steinach am Brenner in Tirol.

Zur Lage.

Von Berlin aus wird durch die bürgerliche Presse folgende Meldung verbreitet:

In der deutschen Holzindustrie hat sich die Lage in den letzten Wochen bedeutend verschärft. Alle örtlichen Verhandlungen, die in 24 Städten des Deutschen Reiches geführt worden sind, haben nur negative Erfolge gezeitigt. In fast allen Orten haben die Arbeitgeber die Erklärung abgegeben, falls bis zum 31. März keine Verträge zustande gekommen sind, mit den schärfsten Maßregeln vorzugehen, eventuell die Aussperrung zu verfügen. Der letzte Versuch, Vereinbarungen noch herbeizuführen, soll am 25. d. M. in Leipzig im Gesellschaftssaal des Zentraltheatres gemacht werden.

Wir wissen nicht, ob diese Meldung sich nur auf Kombinationen irgend eines bürgerlichen Journalisten stützt, oder ob auch in diesem Falle wieder gewisse Unternehmerkreise ihre Hände im Spiele haben, um die bürgerliche Presse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Zahl der Unternehmer, die gern und oft mit Aussperrungsdrohungen operieren, ist ja auch im Schutzverbandslager noch recht groß, obwohl man dort mit der Zeit wissen sollte, daß solche Kampfmittel bei uns nicht ziehen. Sicher ist, daß die Lage im Holzgewerbe recht ernst ist.

In den Städten, in denen am 1. April Verträge ablaufen, sind seit Monaten schon Verhandlungen zwecks Abschlußes neuer Verträge geführt worden. Diese Vertragsverhandlungen vollzogen sich begreiflicherweise in vertraulichem Rahmen, so daß eine Berichterstattung darüber zunächst nicht möglich ist. Doch kann so viel schon jetzt gesagt werden, daß für unsere Kollegen an den meisten Orten wenig oder gar nichts dabei herausgekommen ist. Obwohl unsere Kollegen sich mit ihren Forderungen in recht bescheidenen Grenzen hielten, fanden sie bei den Unternehmern doch wenig oder gar kein Entgegenkommen. In mehr als einem Falle lehnten die Unternehmer sogar jedes Entgegenkommen brüsk ab, und man mußte immer wieder den Eindruck gewinnen, als sei es ihnen zurzeit überhaupt nicht um eine Einigung zu tun, trotz all ihrer Beteuerungen von Friedensliebe und anderen schönen Absichten. So ist nur in einigen wenigen Orten zwischen den Kollegen und den Unternehmern eine Einigung zustande gekommen. Über die strittigen Fragen sowie über die Arbeitszeit soll nunmehr die am 25. März in Leipzig zusammentretende Schlichtungskommission, deren Vorsitz der bekannte Sozialpolitiker Freiherr v. Berlepsch übernommen hat, entscheiden. Wie die Dinge zurzeit aber liegen, ist kaum darauf zu rechnen, daß es in Leipzig zum Friedensschluß kommen wird. Das bisherige Verhalten der Unternehmer läßt keinen anderen Schluß zu, als daß es zum Kampf kommt. Sind doch in Frankfurt a. M. und Wiesbaden die Unternehmer vom Schutzverband angewiesen worden, den Holzarbeitern zu kündigen.

Unsere Kollegen mögen sich also darauf gefaßt machen, daß es in diesem Jahre zu einem ebenso großen Kampf kommt wie im letzten Jahre, und sie mögen ihre Maßnahmen dafür treffen.

In Hamburg und München finden in dieser Woche erst die entscheidenden Tarifverhandlungen statt. Diese Städte sind an den Verhandlungen in Leipzig nicht beteiligt.

Die C. B. A. hat sich wieder in den Betrieb von Degele sämtliche Kollegen entlassen worden, nachdem sie erst vierzehn Tage zu den neuen Bedingungen gearbeitet hatten. Da auch in den anderen Betrieben der Geschäftsgang flau ist, wird um Fernhaltung von Zugang gebeten.

In Cottbus war es uns in der Ristenfabrik von Eschenhagen & Co. gelungen, einige dort Beschäftigte für unsere Organisation zu gewinnen. Da nun die Geschäftsleitung fürchtet, daß ihre Leute, wenn organisiert, nicht mehr für die erbärmlichen Löhne, welche sie zahlt, weiter schufteten werden, so wird immer einer nach dem anderen unserer Mitglieder wegen „Mangel an Arbeit“ entlassen. Die Arbeitswoche beträgt 65 Stunden, die Löhne sind 21 bis 28 Pf. pro Stunde, für Jugendliche 4 bis 6 Mk. die Woche, dies sind die Leistungen für eine anstrengende Arbeit. Die Firma hat wirklich allen Grund, ihren Arbeitern die Organisation zu verbieten. Näherer Bericht später. Zugang fernzuhalten.

In Lübeck hatten die Korbmacher im September eine 15prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt, doch wurde schon einmal der Versuch gemacht, diese rückgängig zu machen. Als nun zu Neujahr der Tarif nicht gelindert wurde, schloß sich Herr A. Möhler veranlaßt, die Prozente auf die meisten Arbeiten zu reduzieren, und versuchte auch andere Meister dafür zu gewinnen, welches ihm auch teilweise gelang. Am 16. März hieß es nun, daß nach 14 Tagen die 15 Prozent weggelassen sollten, was für die betreffenden Kollegen die Kündigung bedeutete. Durch Unterhandlungen gelang es uns, dieses rückgängig zu machen. Nur Herr A. Möhler scheint jetzt „nicht im Druck“ zu sein; er hielt die Lohnreduktion aufrecht. Mögen die Kollegen also bis auf weiteres diese Werkstätte meiden, bis Herr Möhler wieder „im Druck“ ist.

In Scheibenberg i. Erzgeb. befinden sich die Vergolder wegen Maßregelung respektive Arbeitsangebot mit schikanösen Bestimmungen außer Arbeit. Wir bitten, Zugang von Vergoldern nach Scheibenberg i. Erzgeb. streng fernzuhalten.

In Zeit sind, wie bereits berichtet, die Kollegen bei der Firma Stendal auf das Pflaster geworfen worden. Die Kollegen strebten danach, ihre durchaus ungenügenden Löhne um einige Pfennige aufzubessern. Den Vertretern der Organisation wurde mit dem Staatsanwalt gedroht, als diese

bei den Verhandlungen bestimmte Wünsche äußerten. Die Kollegen der umliegenden Orte ersuchen wir um Solidarität.

Ausland.

In Wien befinden sich die Bürsten- und Pinselmacher im Ausstand. Der mit der Genossenschaft der Bürsten- und Pinselmacher abgeschlossene Vertrag war nach erfolgter Kündigung am 1. März abgelassen. Die Schiften forderten die neunstündige Arbeitszeit und eine 20prozentige Erhöhung der Löhne und Akkordpreise. Diese Forderung wurde abgelehnt, worauf 80 Kollegen in sieben Werkstätten in den Streik traten. Die Genossenschaft beschloß hierauf die Aussperrung der noch arbeitenden Kollegen, und tatsächlich wurden am 7. März 130 Personen ausgesperrt. Die Gesamtzahl der Streikenden und Aussperrten dürfte sich bis zum 31. März, wo für einen Teil der Kollegen die Kündigung abläuft, auf circa 300 erhöhen. An die Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands ergeht das dringende Ersuchen, den Zugang nach Wien streng fernzuhalten.

In Sofia befinden sich nach einer Meldung unserer dortigen Bruderorganisation an den Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter die Kollegen bei der Firma Gantscho Gavrifow im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

„Schöne Gegend“ anstatt ausreichenden Lohn. Ein Drechsler empfang folgendes interessante Schreiben:

„Rheinische Spulensabrik.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

St. Goar a. Rh., den 11. Januar 1908.

Herrn A. . . . F. . . . , Drechsler,

N. i. M.

Wir empfangen Ihre Postkarte vom 10. d. Mts. und sind eventuell bereit, Sie in unserem Betrieb als Drechsler einzustellen. Zu Ihrer Aufklärung bemerken wir, daß wir uns mit der Herstellung von einfachen Massenartikeln der Spulensbranche befassen. Die Arbeitszeit bei uns beträgt täglich zehn Stunden, von vormittags 7 bis 12 Uhr und nachmittags von 1 bis 6 1/2 Uhr, mit einer viertelstündigen Frühstück- und Vesperpause. Als Lohn würden wir Ihnen einstmals 6 bis 8 Mk. wöchentlich bei freier Station gewähren. Wenn wir nach einer gewissen Beobachtungszeit mit Ihren Leistungen zufrieden sind, würden wir die Vergütung erhöhen oder Ihnen Akkordlohn bezahlen. Unsere Fabrik liegt in schöner Gegend direkt am Rhein, direkt gegenüber der Lorelei, von der Sie wohl schon mal gehört haben werden. Die nächsten größeren Städte sind Koblenz, stark drei Viertelstunden Bahnfahrt, Mainz und Wiesbaden je 1 1/2 Stunden und Frankfurt a. M. circa 2 1/2 Stunden Bahnfahrt. Einem Verband können Sie hier allerdings nicht angehören.

Achtungsvoll

Rheinische Spulensabrik, G. m. b. H.

Prustler.“

Die Firma scheint selbst zu wissen, daß sie für so „glänzende“ Entlohnung keine organisierten Arbeiter erhält. Solche haben zwar auch Sinn für Naturschönheiten, sind jedoch so anspruchsvoll, auch genügenden Lohn zu verlangen. Vereinigte Eisenfabriken vormals Gebhard Ott & Feuer & Eisenberger A.-G., Nürnberg. Die Gesellschaft, die im Vorjahr infolge einer längeren Streikbewegung keine Dividende verteilte, schlägt diesmal 7 Prozent vor.

Deffauer Waggonfabrik, Akt.-Ges., Deffau. Nach dem Bericht für 1907 war das Unternehmen das ganze Jahr hindurch stark beschäftigt. Es wurden 691 (im Vorjahr 520) Personen, Gepäck- und Güterwagen mit einem Werte von 2,51 (1,87) Millionen Mark fertiggestellt. Der Reingewinn stieg von 122 457 auf 153 897 Mk. Als Dividende werden 20 Prozent vorgeschlagen gegen 15 Prozent im Vorjahr und 6 Prozent im ersten Jahr des Bestehens der Gesellschaft. Aus der Bilanz ist hervorzuheben, daß das Unternehmen mit nur 250 000 Mk. Aktien- und dagegen mit 720 000 Mk. Hypothekendarlehen Kapital arbeitet.

Gewerkschaftliches.

Konrad Gehler †. Am 21. März verschied in Leipzig der Genosse Konrad Gehler, der langjährige Redakteur und Expedient des „Buchdrucker-Korrespondent“. Der Verstorbene erfreute sich in gewerkschaftlichen Kreisen großen Ansehens.

Im Dachdeckerverband wurde die Verschmelzung dieser Organisation mit dem Maurerverband durch Urabstimmung mit 1497 gegen 1297 abgelehnt.

Der Malerverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 5889. Er hatte Ende 1906 34769, Ende 1907 40168 Mitglieder.

Der Schmiecherverband hat im letzten Jahre Forderungen gestellt in 83 Fällen, 52 Orten, 683 Betrieben mit 34725 Beschäftigten. Erledigt wurden die Forderungen durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern ohne Arbeitszeinstellung in 53 Fällen, 25 Orten, 258 Betrieben mit 12588 Beschäftigten; durch Streiks in 30 Fällen, 26 Orten, 411 Betrieben mit 21148 Beschäftigten. Es wurden beendet 66 Bewegungen mit vollem Erfolg für 12950 Beteiligte, 12 Bewegungen mit teilweisem Erfolg für 670 Beteiligte und 19 Bewegungen ohne Erfolg für 424 Beteiligte. Es wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 3542 Personen pro Woche 9960 Stunden oder pro Kopf und Woche 2,81 Stunden; eine Lohnerhöhung für 3779 Personen pro Woche 6780 Mk. oder pro Kopf und Woche 1,79 Mk. Die Gesamtausgabe für alle Bewegungen betrug 76134 Mk. oder pro Kopf der an Streiks beteiligten 5820 Kollegen 13,03 Mk.

Der Steinsetzerverband verzeichnete am Jahreschluss 1907 10258 Mitglieder gegen 9577 Ende 1906, was einer Zunahme der Mitgliederzahl im Jahre 1907 um 676 entspricht. Das Verbandsvermögen stieg von 165087 Mk. auf 217302 Mk.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz hatte nach ihrem Kassenbericht im Jahre 1907 10848 Mk. Einnahme und 10680 Mk. Ausgabe, darunter 2600 Mk. Gehalt des Sekretärs, 3373 Mk. für Drucksachen, 1070 Mk. für Buchbinderarbeiten und 1870 Mk. für ein Tiefbaummodell.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Hirsch-Dundercher Führer als Verleumder.
Wegen Beleidigung des Vorsitzenden Alexander Schlichte vom Deutschen Metallarbeiterverband wurde der Redakteur Gleichauf vom Hirsch-Dundercher „Regulator“ vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 150 M. Strafe verurteilt. Gleichauf hatte in verfechter Form die erlogene Behauptung wiederholt, Schlichte habe sich bei einer Unterhandlung mit dem Werftbesitzer Blohm in Hamburg bestechen lassen und die Interessen des Metallarbeiterverbandes verraten. Vor Gericht suchte Gleichauf zu knifeln, es half ihm aber nichts.

Ein christlicher Arbeitersekretär als Prügelheld.
Dieser Tage hatte sich der Arbeitersekretär Salomon vor dem Gericht in Weiden wegen Körperverletzung zu verantworten. Er wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er bei einer christlichen Festlichkeit einen Gast ohne jeden Anlaß blutig geschlagen hatte. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Dieser Herr Salomon ist einer von denjenigen „Oberchristen“, die gar nicht genug über die Heiligkeit und den Terrorismus der Sozialdemokraten schimpfen können.

Der christliche Verleumder Auf von Meh, der bei dem letzten Gewerbegerichtsverfahren die freigewerkschaftlichen Gewerbegerichtsbeisitzer beleidigt hatte und der dafür zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, hatte gegen dieses Urteil beim Landgericht Meß Verufung eingelegt. Das Gericht verwarf die Verufung. Es bleibt also bei den 14 Tagen Gefängnis.

Eingefandt.

An die Hartgummidrecker und Zahnstellungsverwaltungen!

Auf Beschluß der Dreckerkonferenz und im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand ist die unterzeichnete Zentralkommission beauftragt, ihr Tätigkeitsgebiet nunmehr auf die gesamte Hartgummibranche auszudehnen. Wir werden bestrebt sein, wie seither in der chirurgischen Branche, so nunmehr auch in der gesamten Hartgummibranche den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir die unumgängliche notwendige Unterstützung der Kollegen finden. Wir eruchen darum die Zahnstellungsverwaltungen, uns mitzuteilen, an welchen Orten Hartgummibetriebe bestehen und was dieselben vornehmlich fabrizieren. Vor allem bitten wir, uns an den in Betracht kommenden Orten die Adresse eines Kollegen mitzuteilen, mit welchem wir alsdann die weitere Korrespondenz führen können. Sind uns die Adressen bekannt, dann werden wir den Kollegen die weiteren Informationen in einem Zirkular zugehen lassen. Es ist darum notwendig, daß die Kollegen unserem Wunsche sehr bald nachkommen.

Kollegen, nunmehr frisch ans Werk! Mit Murren kommen wir keinen Schritt vorwärts, die Mitarbeit aller Kollegen ist notwendig.

Die Zentralkommission der Hartgummidrecker Deutschlands.

J. A.: G. Scherber, Cassel, Weipenburgerstr. 5.

Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Die Agitationsbroschüre über die Milzbrandgefahr ist im Druck fertiggestellt, und möchten wir die Kollegen allerorts auffordern, dieselbe in weitestem Maße innerhalb unserer Berufsangehörigen zu verbreiten. Die Zahnstellungsverwaltungen werden ersucht, bei der Verbreitung der Broschüre unsere Kollegen zu unterstützen. Bestellungen nimmt der Vorstand, Stuttgart, Adlerstr. 43, entgegen. J. W.: R. H u l l e r.

Zur Kortarbeiterkonferenz.

In Nr. 10 der „Solzarbeiter-Zeitung“ behaupten die Frankfurter Kollegen, wir hätten uns gegen die Abhaltung einer Konferenz unserer Branche ausgesprochen; das trifft nicht zu; ich persönlich habe den Zeitpunkt für Abhaltung der Konferenz für noch nicht geeignet gehalten, und zwar aus dem Grunde, weil die Kollegen zu wenig Interesse für die gute Sache gezeigt haben. Das hat sich zu meiner Freude in der letzten Zeit geändert, und die rege Aussprache in unserem Verbandsorgan zeigt, daß die Kortarbeiter ermachen. Das dürfte auch der Grund sein, warum nun der Hauptvorstand die Konferenz genehmigt hat. Ich würde folgende Tagesordnung empfehlen: 1. Die Lage in der Kortindustrie. 2. Errichtung einer Zentralkommission. 3. Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises. Als Ort zur Abhaltung der Konferenz würde ich Erfurt oder Eisenach empfehlen, eine Gegend, wo wir die schlechtesten Verhältnisse in unserer Branche zu verzeichnen haben, und welche mir auch für die Delegierten als günstig erscheint. Als Zeitpunkt für Abhaltung der Konferenz schlage ich Pfingsten vor. Zur Delegiertenfrage möchte ich noch bemerken, da wir noch wenige Orte haben, wo schon Sektionen gebildet sind, auch Orte zuzulassen, wo es noch nicht möglich war, Sektionen zu bilden, denn eine gründliche Aussprache muß doch erfolgen, und das kann nur geschehen, wenn recht viele Orte durch geeignete Kollegen vertreten sind.

Nun noch etwas von der „Kortindustrie-Zeitung“. In meinem „Eingefandt“ in Nr. 2 der „Solzarbeiter-Zeitung“ hatte ich von der Interesslosigkeit unserer Kollegen gegenüber unserer Organisation gesprochen; dazu bemerkt die „Kortindustrie-Zeitung“, welche mein „Eingefandt“ wörtlich aus unserer Zeitung abgedruckt hat: „Was der Einsender Herr W. K. in Nürnberg über die Interesslosigkeit und über die geringe Unterstützung seitens derselben im Sinne der organisierten Kortarbeiter sagt, beweist die Wichtigkeit unserer Interessen vertretenen Ansicht, daß das Gros der Kortarbeiter keinen Grund zum Klagen und zur Unzufriedenheit hat, und sich nicht von der sozialdemokratischen Organisation beglücken lassen will.“ Zu gleicher Zeit empfiehlt das Unternehmervorgan: 1. Sich einen tüchtigen Arbeiterstamm heranzubilden, das heißt Lehrlinge auszubilden. 2. Keinen organisierten Arbeiter einzustellen. 3. Sich einer Streitversicherung anzuschließen. Aber die alte Phrase der „Kortindustrie-Zeitung“ von der großen Zufriedenheit der Kortarbeiter können wir zur Tagesordnung übergehen. Die Heranbildung von tüchtigen

Schülern in unserer Branche kann nach meiner Ansicht auch nur von tüchtigen Gesellen erfolgen und nicht von Maschinenfabrikanten, Tischlermeistern und Kaufleuten, welche alle unter den Kortfabrikanten vertreten sind. Ein tüchtiger Kortschneider wird sich auch organisieren und dem Lehrling die nötige Aufklärung beibringen. Dasselbe Recht, welches die Fabrikanten für sich in Anspruch nehmen, sich zusammenzuschließen, wollen sie ihren Arbeitern, den Schwächsten im wirtschaftlichen Leben, absprechen, wo eine Organisation das einzige Mittel für den Arbeiter ist, sich gegen kapitalistische Ausbeutung zu wehren. W. K. - Nürnberg.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Ein jeder, der die Verhältnisse der Maschinenarbeiter genau kennt, muß gestehen, daß der Verfasser des Artikels unter der gleichen Überschrift in Nummer 11 der „Solzarbeiter-Zeitung“ die Materie noch zu sehr behandelt, obgleich die Ausführungen im großen und ganzen der Wahrheit entsprechen. Wenn aber der Verfasser des Artikels schreibt: „Kollegen, dulde keiner, daß die Welle mit derartigen Fuschereien noch gefährlicher gemacht wird, drängt auf Anbringen von massiven Rundmesserwellen“, dann ist die Frage aufzuwerfen: „Wenn diesem Aufruf die Kollegen soweit als möglich schon nachgekommen sind und die runde Welle dennoch nicht eingeführt wird, was dann? Ist es nach § 120 a der Gewerbeordnung nicht Sache der Gewerbeinspektion sowie der Berufsgenossenschaft, kraft ihrer Befugnisse dem Unternehmer die Anschaffung der runden Messerwelle zu diktieren? In einer Möbelfabrik in Stuttgart wurde bei einer Revision durch die Beamten der Gewerbeinspektion sowie der Berufsgenossenschaft empfohlen, die runde Welle anzuschaffen. Als bald kam ein Techniker und nahm die Maße hiervon. Die beiden Geschäftsführer wußten aber die Ausführung zu hinterziehen, und zwar schon zum zweiten Male. So sieht es aber nicht nur in einer Fabrik aus, sondern in noch manch anderer. Wenn den süddeutschen Gewerbeinspektoren in dem Artikel ein gewisses Lob ausgesprochen wird und sie sich dadurch geschmeichelt fühlen, dann darf nicht übersehen werden, daß auch hier noch manches zu wünschen übrig bleibt. Nicht oft genug können wir den Herren Gewerbeinspektoren ihre Fehler vorhalten, wenn etwas erreicht werden soll. Von den Beamten der Berufsgenossenschaft wollen wir ganz absehen, denn sie stehen im Solbe der Unternehmer und vertreten nur die Interessen der Berufsgenossenschaft. Wenn weiter gesagt ist: „Auch ist noch vielfach die Ansicht vorhanden, daß sich eine Schutzvorrichtung an allen Maschinen nicht anbringen lasse; diese Ansicht ist irrig“, so stelle ich dagegen die Behauptung auf, daß Schutzvorrichtungen zu jeder Arbeit nicht immer gebraucht werden können. Hierfür einige Beispiele: zum Beispiel die Kreisfräse. Wenn ein Stück Holz auf Gärung in der Hochkant geschnitten werden soll oder einem Sina (Dachgestirn) die Winkel ange schnitten werden sollen, muß man unbedingt die Schutzhaube unterm Tischblatt und, wenn ein Spaltteil mit Schutzhaube oben angebracht ist, auch diese entfernen, will man die Arbeit ausführen, da größtenteils der Tisch Halbkreisfräse noch mehr Fälle anführen. Nun zur Fräse: Ein Gestirn, das der Länge wie der Breite sowie der Höhe nach geschweift ist und in der Mitte nach vorn windisch ist, muß auf einem auf dem Tischblatt angebrachten Holzbock gefräst werden. Wo soll oder kann eine Schutzvorrichtung angebracht werden? So gibt es noch eine ganze Reihe von Arbeiten, wo es absolut unmöglich ist, mit Schutzvorrichtung zu arbeiten. Gewiß gehören Schutzvorrichtungen überall hin, wo solche notwendig sind und angebracht werden können. S. - Stuttgart.

Ein Beitrag zur brennenden Frage.

In Nr. 9 dieses Jahrganges bringt der Kollege Feller-Hannover ein „Eingefandt“, betitelt „Zur brennenden Frage“. Er sagt, daß jetzt in unserem Verbandsleben Erscheinungen auftreten, die mir früher nicht gefamnt hat. Da u g e s i g n a t e s j e b e n. Die j e d e r j a a u c h v o r w ä r t s, und die Verhältnisse, wie sich das Verbandsleben vor 10 bis 12 Jahren abspielte, sind wohl ganz interessant zu lesen, aber für die heutige wirtschaftliche Entwicklung gar nicht mehr maßgebend.

Meiner Meinung nach trifft der Kollege Feller mit seinen ganzen Ausführungen das Ziel nicht. Ich verstehe ihn vollkommen, daß er ungehalten und mißmutig ist über das teilnahmslose Verhalten der großen Masse der Arbeiter, daß ihm so vieles nicht gefällt. Aber daß die jetzige Form der Organisation oder die Zeitung daran mit schuld sein sollen, wie er zum Schlusse seiner Ausführungen durchblicken läßt, verstehe ich gar nicht. Wenn wir in dieser Art weiter polemisieren wollten, dann käme sicher weiter nichts heraus als eine Verbitterung vieler Mitglieder an der Organisation, und sicher keine Erziehung der lauen Mitglieder zu zielbewußten, tüchtigen Kämpfern. Daß in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise die Gewerkschaften stagnieren oder oft gar zurückgehen, ist doch nichts Neues und bei jeder Krise der Fall gewesen, ebenfogut, daß die Gewerkschaften bei aufsteigender Konjunktur mächtig emporgehen. Aber die große Masse der Arbeiterschaft kann eben die Ursachen der Krise noch nicht recht fassen und macht oft Faktoren dafür verantwortlich, die nichts dafür können. Gerade über die Ursachen der Krise müssen die Arbeiter noch viel mehr aufgeklärt werden. Diese Krisen, das ist ja gerade der Fluch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unter der die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Sobald sich die Überproduktion herausstellt, gehen die Arbeiterentlassungen los; jetzt wird ein großer Teil der Arbeiterschaft auf die Straße geworfen und große Auslese unter den im Betrieb Verbleibenden gehalten. Daß sich der Unternehmer die Willfährigsten, die sich alles bieten lassen, herausucht, ist wohl begreiflich von seinem Standpunkt. Der Unternehmer sucht die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wozu sich ein guter gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nicht hergibt. Diese Rückgratstücken liegen auf dem Damme und die Kriecher nehmen ihre Plätze ein. Diese Elemente bilden zumeist die Mitglieder unserer gegnerischen Organisationen, zumal die jetzt modern gewordenen Gelben. Das ist ja eben der Skandal, die Zerplitterung der Arbeiterschaft in so viele gewerkschaftliche Organisationen, während das Unternehmertum über einheitliche Organisationen verfügt.

Da hat der Kollege Feller schon recht, daß ein großer Teil unserer Mitglieder nur aus egoistischen Interessen, wegen den Unterstützungen der Organisation angehört. Daß aber die Menschen materialistisch veranlagt sind, wird niemand aus der Welt schaffen können, und als Mittel zum Zweck haben sich die Unterstützungsrichtungen sehr gut bewährt, indem die Gewerkschaften dabei groß und stark geworden sind. Was mich aber am meisten bei den Ausführungen des Kollegen befremdet, ist, daß er fast gar nichts von den großen und starken Unternehmervorgängen erwähnt. Er macht es gerade so wie ein großer Teil unserer Mitglieder, die nur auf die Organisationen und deren Zeitungen räsonieren und so tun, als ob es nur an diesen liegt, wenn alles nicht nach Wunsch und Willen geht. Die großen starken Unternehmervorgänge existieren nur in der Phantasie der Gewerkschaftsführer, und wenn nur der rechte Geist bei den Mitgliedern vorhanden ist, dann sind sie bald niedergedrückt. Sobald die Mehrzahl der Mitglieder der Meinung sind, daß es an der Zeit ist, Forderungen zu stellen, dann muß der Vorstand seine Einwilligung zum Vorgehen geben. Ganz gleich, ob die Zeit und Umstände dazu günstig sind. Geht die Geschichte schief, taugt die Zeitung und die Organisation nichts.

Gerade diese Verständnislosigkeit ist die Ursache so vieler Mißerfolge! Hier müssen wir einsehen und Aufklärung schaffen. Wo waren denn vor 10 und 12 Jahren mächtige beachtenswerte Unternehmervorgänge? Es gab so gut wie gar keine, und es war dann verhältnismäßig leicht, einen Sieg davonzutragen. Aber ebenso schnell gingen oft die Ergründungen wieder verloren, weil keine starken gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden waren, die sie hochgehalten hätten. Damals verließen sich noch die Unternehmer auf Ausnahmegeetze (siehe Sozialistengesetz), die die Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen niederhielten. Sie haben auch lange nach Fall des Sozialistengesetzes nach Ausnahmegeetzen geschrien. Nachdem das Fuchthausgesetz aber durchfiel, mußten sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen, und sie haben gesehen, daß sie dabei nicht schlechter fahren als mit Ausnahmegeetzen, da ihnen doch der ganze behörbliche Apparat beistand zur Seite steht.

Kann man da die jetzigen beiderseitigen Machtverhältnisse zwischen der gewerkschaftlichen Organisation einerseits und den Unternehmervorgängen andererseits mit denen vor 10 und 12 Jahren vergleichen? Wir leben doch jetzt in ganz anderen Verhältnissen. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfen — und auch in Zukunft — einer von den beiden Kämpfern bei großen Streiks oder Aussperrungen zerschmettert am Boden liegen wird. Die Kämpfenden sind meist gleich stark, und es kann daher nur zu einem Waffenstillstand kommen. Solche Waffenstillstandsabmachungen sind eben unsere gegenwärtigen Tarifverträge, das müssen wir den Arbeitern, unseren Mitgliedern recht klar und verständlich machen. Noch können sie es nicht recht begreifen und schimpfen auf die Tarifverträge und rufen: „Weg damit!“ Als ob einer darüber allein zu bestimmen hätte. Aber wir müssen unseren Mitgliedern einmal vor Augen führen, was geschehen würde, und wie es jetzt bei der Krise aussähe, wenn wir keine Verträge hätten! — Da wird entgegengehalten, daß uns die Verträge verbitterten, bei gutem Geschäftsgang die Konjunktur auszunützen. Ja glaubt man denn, daß sich die Unternehmer bei ihren festen geschlossenen Organisationen auch bei guter Konjunktur ohne Widerstand niederwerfen lassen? Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei! Darum ist es sinnlos und sogar ein gefährliches Spiel die Mitglieder in solche Illusionen einzuwiegen. Das tun leider so viele geistig höher stehende Kollegen zum Schaden unserer ganzen Gewerkschaftsbewegung und machen unklare Köpfe nur noch verwirrter. Man möchte sich manchmal an dem Kopf fassen, von sonst intelligenten Kollegen solche Ansichten zu hören. Da ist es denn kein Wunder, wenn Querköpfe direkt Unheil stiften und sich obendrein noch auf diese Kollegen, die eine führende Stelle in der Gewerkschaftsbewegung einnehmen, berufen können.

Kollege Feller vermischt in unserem Organ belehrende nationalökonomische Artikel. Nun, ich dachte, da hätte die Redaktion wahrhaftig nichts veräumt. Aber was nützt das alles, wenn sie auch noch so viel bringt, wenn sie nicht gelesen und nicht verstanden werden, wie man an dem Verhalten weiter Schichten unserer Mitglieder sieht. Materialistisches und alles mögliche ist genug vorhanden, es darf nur geschickt verwertet und den Kollegen mal vor Augen geführt werden, was das Unternehmertum mit ihnen anfangen würde, wenn keine widerstandsfähigen gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden wären. Hingewiesen auf die verkehrte wirtschaftliche Politik unserer herrschenden und regierenden Klassen, auf die himmelschreiende Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und die Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung usw.! Durch diese Agitation erreichen wir meiner Meinung nach mehr, als wenn wir Vergleiche mit der früheren Art der Organisation und Agitation anstellen, denn das paßt gar nicht mehr in unsere gegenwärtigen Verhältnisse. Wir müssen uns in erster Linie der Taktik unserer Gegner anpassen und unsere Mitglieder zu ruhigen, besonnenen Kämpfern erziehen, die klug abwägen, wann ein Vorstoß zu wagen ist, und nicht blindlings drauflosstürmen. Wir müssen unseren Mitgliedern klar machen, daß die alte Taktik nicht mehr zu verwerten ist, und wir unsere Taktik je nach den Umständen wählen. Das ist meiner Meinung nach die brennendste Frage, daß wir einmal sagen, was ist, und uns über unsere Machtverhältnisse keiner Täuschung hingeben.

Zu organisieren gibt es auch noch ungeheuer viel, wie unlängst ein Kollege statistisch in der „Solzarbeiter-Zeitung“ nachgewiesen. Wohl sind 150 000 Mitglieder eine stattliche Zahl, doch sind noch 150 000 zu gewinnen. Diese Fernstehenden sind es gerade, die uns den Kampf erschweren und jetzt noch die Schutztruppe der Unternehmer bilden und diesen zum Siege verhelfen. Hauptsächlich die Kleingewerkschaft muß einsehen, und dazu ist nötig, daß jeder sich Wissen aneignet, denn wer andere aufklären will, muß selbst über Wissen verfügen. Das ist nach meiner Meinung die Lösung der brennenden Frage, und hierüber wird jedenfalls der Verbandsstag in Stuttgart auch noch ein gerechtes Wort reden. Ich will die freie Diskussion absolut nicht beschränken, aber durch Phrasen werden die Unternehmervorgänge auch nicht erkürrt! — Späthe-Berlin.

Literarisches.

Der Siegeslauf der Technik. Ein Hand- und Hausbuch der Erfindungen und technischen Errungenschaften aller Zeiten...

für den Laien, für den Gelehrten wie für den Handwerker, kurz für jedermann wertvoll ist — ein neuer Hausschatz des Wissens im vollsten Sinne des Wortes.

Briefkasten.

* Anfragen an die Redaktion werden in der Regel brieflich beantwortet. Fragesteller, die es unterlassen, ihre genaue Adresse anzugeben, können deshalb nicht darauf rechnen, eine Antwort zu erhalten.

arbeiter-Zeitung" nicht geeignet. Brief zur Märzfeier übrigens acht Tage zu spät hier ein.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechler und deren Berufsgenossen.

(S. 86, Hamburg.) Bekanntmachung. Die ordentliche Generalversammlung findet am 8. Juni 1908 in Hamburg mit folgender Tagesordnung statt:

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Fachstelle befindet sich bei Kollege Gilling, Fleißerstraße 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

5 Korbmachergesellen auf grüne Mattarbeit sucht sogleich Frau Helene Paul, Alt-Damm.

1 Korbmacher auf Roharbeit nach Tarif, Drillings und Leistenarbe, stellen sofort noch ein Calm & Ahlfeld, Veruburg.

1 Korbmacher auf Roharbeit gelibt, finden Stellung. Dohn nach Tarif. Gebr. Wolf, Veruburg.

2 Korbmacher auf Gestellarbeit finden dauernde Beschäftigung bei J. Walterscheid Wittenberge, Bezirk Potsdam.

Ein junger, tüchtiger Korbmacher auf Roharbeit bei dauernder Arbeit sofort gesucht. Ol. Ewers Bad Wilm i. Holstein.

Korbmacher auf Obstschwingen und runde Obstschiffel verlangt sofort Wilh. Görtitz, Werder b. Potsdam.

Zwei Korbmacher auf Gematt gesucht. Harburg a. Elbe, Am Wall 16.

Ein ordentlicher, mit der Herstellung von Bürstentöpfen durchaus vertrauter Drechler, der auch polierte Ware sauber zu arbeiten versteht, findet dauernde Arbeit bei gutem Lohn.

Niederländische Bürsten- und Pinselfabrik H. Dinnendahl, Wesel a. Rhein. 2 tüchtige Bürstenmacher sofort gesucht. Einziehen 90 Pf., Bechen 2 Mk. Herm. Riedl, Bürstengeschäft Verlesreuth, Niederbayern.

Tüchtige und solide Weher und Einzieher finden dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei Schade & Co., Bürsten- u. Pinselfabrik Quadenbrück, Provinz Hannover.

Ein ordentlicher Bürstenmachergeselle findet dauernde Arbeit bei C. H. Peetz, Kinsballig per Steinfeld Schleswig.

Bürstenmacher für alle Arbeiten zur Aushilfe gesucht. Akkordpreis nach Tarif. Zu melden im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, Köln, Severinstraße 199.

Perfekter Sortierer gesucht, der gleichzeitig kleine Lagerarbeiten mit besorgt. Herm. Jos. Schmitz, Köln Malzmühle 2.

Für Stellmacher. In großem Dorfe bei Potsdam, an Chaussee und Rittergut, unliegend große Ortschaften ohne Stellmacher, ist passend Grundstück zu verkaufen od. z. verpachten. Zu ersr. b. E. Schülke, Schmiedemeister in Stücken b. Beelitz (Mark).

Für Schreiner und Glaser! Eine im Betrieb stehende mechanische Schreinererei mit vier Hobelbänken, gegründet 1874, seit 1891 mech. eingerichtet, ist mit oder ohne Anwesen zu verkaufen oder zu vermieten. Offerten bitte unter S. G. 121 an die Exp. der Holzarbeiter-Ztg. zu richten.

Hobelbänke für Tischler, Stellmacher u. Bildhauer offerieren billig. Werkzeugfabrik m. Dampftrieb Gebr. Haase, G. m. b. H., Vieguth, Schles. Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Modelltischlern, Formern usw. bieten in d. Praxis anerkannt große Vorteile die Tabellen d. Modellstschs. A. Stephan, Altona, Bahrenstr. 65. Gegen Vorher-einsendung d. Betrags v. 80 Pf. in Briefmarken od. per Nachn. (da 20 Pf. mehr) zu beziehen d. Obigen. Sektionen Rabatt.

Ca. 60 Stück Zinkzulagen sehr gut erhalten, 1100x370x3 mm, verkauft König, Nitzdorf, Kaiser Friedrichstr. 218.

Werkzeugfabrik. Holzwerkzeugfabrik liefert am billigsten samtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz). Reichhalt. Katalog gratis u. franco. Bei Auftragserteilung wird pro Quadratmeter 1 Mark an.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik Hamburg 23

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Beim Polieren wird kein Schellack-Erstat, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend: 1 Glasje Harmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren

Mein Lehrbuch über das Feizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollensarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Malbaum.

DETOLD - GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark nachbezogen werden.

Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Bailly Scott u. a. Ferner gute fertliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Eug. Hermann Muthesius, Franz Jammler u. a., und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschullehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen).

Der Verlag des Fachblatt für Holzarbeiter Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Zahlstellenverwaltungen und Kollegen, denen die Adresse H. Bodhorst, Radbergen, Buchn. 808 032, bekannt ist, werden gebeten, diese zu senden an Fr. Seinemann, Bremerhaven, Reich 58.

Franz Peterck, Tischler, geb. 25. 1. 87 zu Wismar, wird ersucht, seine Adresse an den Kaffeezer, Herrn. Bauer in Lehrte, Windstraße 1, gelangen zu lassen.

Gustav Neumeister, Tischler, geb. 2. 2. 1868 zu Lobenstein, Buchn. 274 230, wird dringend ersucht, seinem verzögerten Vater Nachsicht zu geben. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen oder sonst etwas von ihm wissen, werden ebenfalls um Nachsicht gebeten. Er reisite im Dez. 1908 von Weitorf nach Stiel, dann über Neumünster nach Hamburg, soll dann nach Wilmchen gereist sein.

Otto Fern, Buchn. 349 895, geb. am 7. 6. 78 zu Saarebrücken, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen bei der Bahnhofsstation Danneburg nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen seine Adresse senden an Mag. Schaab, Dransieburg, Mühlenstraße 16 III.

Arno Böttcher, Schreiner, sende Deine Adresse an Seb. Mühl, Pforzheim, Gartenstraße 11/0, zwecks richtiger Lohn. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, denselben an obige Adresse zu senden.

Friedrich Kaltnecker, Tischler, Buchn. Nr. 282 882, sende sofort Deine Adresse an Moritz Weisig, Kartellvorsteher in Wittenberg, Bes. Halle. Das Geld hat sich gefunden.

Tüchtige Möbelpolierer auf alt Mahagoni zum Fertigmachen, sowie tüchtige Möbelbeizer verlangt sofort. Süddeutsche Möbelfabrik Mannheim, Industriehofen.

Tüchtige Bau- u. Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung. Ihre guten Kräfte wollen sich melden. E. Niewerth, Baugeschäft Bernigerode i. Harz.

Bernigerode. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Nickstadt, Große Dammstraße 2a. Umschauen streng verboten. Tüchtiger Weizer und Polierer findet dauernden Platz bei L. Amann & Sohn, Pforzheim.

2 Tischler gesucht. August Brenkhahn, Tischlermeister Lechtenitz bei Ludwigslust, Mecklenburg. Einige tüchtige ältere Möbelschreiner auf bessere furnierte Schlafzimmer gesucht. Lohn 4,50 Mk. bis 5,50 Mk. pro Tag. Gustav Bühler, Möbelfabrik Spaichingen.

1-2 tüchtige, selbständige Outformen-tischler, ledig oder verheiratet, werden sofort gesucht bei Wasser-Sohn, Stuttgart.

Stockfabrik sucht tüchtige Fräser. Stellung gut lohnend und dauernd. Oskar Rocholl Nachf., Cassel Wolffstraße 5.

Tüchtiger jüngerer Stockbieger, möglichst unverheiratet, der im Biegen von Cornel und Hartriegel erfahren ist, wird zur Einrichtung einer Stockbiegerei und zum Anlernen von Arbeitern zu einer Holzstockfabrik nach Ungarn gesucht. Für energischen, tüchtigen Mann Lebensstellung. Einige Erfahrung im Durchbeizen erwünscht, doch nicht Bedingung. Anfangsgehalt 150 Mk. monatlich. Anträge unter „Cornelbieger“ an die Expedition dieses Blattes.

Achtung Korbmacher!

Wir warnen unsere Kollegen allerorts, in ihrem eigenen Interesse zu eilen nach Hamburg zu kommen. Infolge der kurzfristigen Geschloßperiode, hat ein ungeheurer Zug von Arbeitskräften nach hier stattgefunden, so daß sämtliche Arbeitsplätze besetzt sind. Es steht zu erwarten, daß in kürzester Zeit eine große Anzahl Kollegen arbeitslos werden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch den Verbandsnachweis. Alle Anfragen sind zu richten an Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes Hamburg. Bureau: Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, 8 Tr.

Fachblatt für Holzarbeiter Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark